


www.laender-analysen.de/ukraine

ASSOZIIERUNGSABKOMMEN UKRAINISCHE SICHT AUF BOYKOTTDROHUNGEN POLITISCHE BETEILIGUNG UKRAINISCHER JUGENDLICHER

■ ANALYSE	
Wie weiter? Das Assoziierungsabkommen der EU im Spannungsfeld von Wirtschaft und Menschenrechten	2
Von Thomas Vogel, Brüssel	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Chronik des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine	6
Umfragen zu einem möglichen EU-Beitritt	9
■ PRESSESTIMMEN	
Reaktionen des Westens auf den Fall Tymoschenko – die ukrainische Sicht	13
■ ANALYSE	
Politische Beteiligung und Positionierung ukrainischer Jugendlicher: Die Orange Revolution und darüber hinaus	16
Von Antonina Tereshchenko, Porto	
■ CHRONIK	
Vom 28. März bis 8. Mai 2012	21



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Wie weiter? Das Assoziierungsabkommen der EU im Spannungsfeld von Wirtschaft und Menschenrechten

Von Thomas Vogel, Brüssel

Zusammenfassung

Die Politik der EU gegenüber der Ukraine wird von unterschiedlichen Ansichten und Hoffnungen verschiedener Akteure angetrieben, allen voran den einzelnen Mitgliedstaaten. Da sind einerseits jene, die vor allem eine stärkere und schnellere Anbindung des Landes an die EU forcieren, und andererseits die Skeptiker, die die Staaten in der EU-Nachbarschaft auf Distanz halten wollen. Das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine ist das mit Abstand wichtigste und effektivste Instrument, um ernsthafte Reformen in der Ukraine voranzutreiben, sagen die Befürworter. Bevor es unterzeichnet oder ratifiziert wird, müssen sichtbare positive Signale aus der Ukraine kommen, argumentieren die Skeptiker.

Einleitung

Die Ukraine ist das bedeutendste Land innerhalb der Östlichen Partnerschaft. In diesem regionalen Programm der EU-Nachbarschaftspolitik sollen insgesamt sechs Partnerländer (Belarus, Ukraine, die Republik Moldau, Georgien, Aserbaidschan, Armenien) näher an die Standards und Werte der EU herangeführt werden. Die Östliche Partnerschaft umfasst eine bilaterale und eine multilaterale Dimension, letztere als gemeinsames Forum aller Mitglieder.

Bestandteil der für alle Partnerländer wichtigeren bilateralen Ebene ist das Assoziierungsabkommen, das in Verbindung mit einer vertieften Freihandelszone abgeschlossen werden soll. Zudem steht für die Partnerländer die Abschaffung der Visapflicht ganz oben auf dem Wunschzettel.

Das Assoziierungsabkommen

Das Assoziierungsabkommen stellt eine neue Generation von Abkommen der EU mit Drittländern dar. Vorgänger waren die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, die in den 1990er Jahren mit zehn Ländern Osteuropas und Zentralasiens abgeschlossen wurden (1998 mit der Ukraine). Noch nie hat die EU einem Nicht-Beitrittsland außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums eine derart weitreichende vertragliche Anbindung in Aussicht gestellt wie mit dem avisierten Assoziierungsabkommen.

Dieses beinhaltet folgende Kapitel:

1. Politischer Dialog und Reformen sowie Sicherheits- und Außenpolitik bspw. beim Krisenmanagement, bei Konfliktprävention, militärischer Kooperation
2. Justiz, bürgerliche Freiheiten, innere Sicherheit bspw. Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Korruption, Datenschutz, Asyl, Terrorismus, organisierte Kriminalität, Kooperation im Bereich Migration und »Movement of Person«
3. eine Freihandelszone (*Deep and Comprehensive Free Trade Area*, kurz DCFTA)

4. Sektorale Zusammenarbeit in über 30 Bereichen wie zum Beispiel Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Umwelt- oder Gesundheitspolitik
5. Zusammenarbeit bei der Bereitstellung von Fördergeldern und Finanzinstrumenten

Herausragender Bestandteil des Abkommens ist die Freihandelszone, die unter anderem eine schrittweise gegenseitige Öffnung der Märkte der EU und der Ukraine beinhaltet. Einfuhrzölle und weitere Handelsbarrieren werden damit größtenteils abgeschafft oder vor allem im landwirtschaftlichen Bereich durch Quoten stark reduziert. Außerdem wird die Ukraine verpflichtet technische Standards und Regularien der EU weitestgehend zu übernehmen, etwa im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe, bei der Hygiene, bei Herkunftsbezeichnungen oder beim Schutz des geistigen Eigentums. Die Öffnung der Märkte ist vor allem für die exportstarken EU-Länder lukrativ, aber auch die ukrainischen Großunternehmen der Schwer- und Rohstoffindustrie sowie die Landwirtschaft hoffen auf einen großen Absatzmarkt in der EU.

Im März 2007 wurden die Verhandlungen offiziell begonnen, nach fast vier Jahren wurde beim EU-Ukraine Gipfel im Dezember 2011 der Abschluss der Konsultationen bekanntgegeben. Die teilweise sehr schwierigen Verhandlungen hatten sich am Ende noch einmal verkompliziert, weil die Ukraine im politischen Teil des Abkommens auf der Festlegung einer EU-Beitrittsperspektive bestand. Die EU-Mitgliedstaaten konnten sich hingegen nicht auf eine gemeinsame Position einigen, sodass jede Bezugnahme auf einen möglichen EU-Beitritt schließlich gestrichen wurde. Gleichwohl wird die zukünftige Entwicklung der bilateralen Beziehungen bewusst offen gehalten, da das Abkommen mit dem Motto der politischen Assoziation und wirtschaftlichen Integration ein wichtiger Schritt hin zur Annäherung an die EU darstellt und letztendlich auch ein Beitritt prinzipiell nicht ausgeschlossen ist.

Die politische Situation in der Ukraine

Am Beginn der Verhandlungen, noch unter den Gewinnern der Orangen Revolution – Präsident Wiktor Juschtschenko und Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko –, gab es eine optimistische, extrem EU-freundliche Stimmung in der Bevölkerung, aber auch innerhalb der Elite bestand die Bereitschaft, sich den Demokratiestandards der EU anzupassen.

Seitdem haben sich die demokratischen und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen verändert. Präsident Wiktor Janukowytsch hat es verstanden die Machtvertikale in den vergangenen zwei Jahren stark auf seine eigene Person sowie auf seine Familie und engsten Freunde auszurichten und gleichzeitig das Parlament zu schwächen. Schwerer wiegt noch, dass politische Gegner und ehemalige Amtsträger systematisch verfolgt, verhaftet und teilweise bereits zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Prominentestes und aktuellstes Beispiel ist Ex-Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, aber auch Ex-Innenminister Jurij Luzenko, Ex-Verteidigungsminister Walerij Iwaschtschenko oder Ex-Umweltminister Heorhij Filiptschuk zählen zu diesem Kreis. Die EU und internationale Organisationen bewerten die Prozesse gegen die Opposition und insbesondere deren Durchführung als politisch motiviert. Gleichzeitig wird die Zivilgesellschaft immer weiter drangsaliert, die Medien immer stärker der Kontrolle des Staates unterworfen. Die Macht der Judikative ist ausgehöhlt.

Im Oktober dieses Jahres finden in der Ukraine Parlamentswahlen statt. Wenn aber die wichtigste Oppositionsführerin und einige ihrer engsten Gefolgsleute nicht daran teilnehmen können, weil sie im Gefängnis oder im Exil sitzen, kann nicht von fairen und freien Wahlen gesprochen werden. Diesen gewichtigen Rückschritt im Vergleich zu vorigen Wahlen darf die EU nicht ignorieren. Die Freilassung oder gar politische Rehabilitierung der Ex-Ministerpräsidentin noch rechtzeitig vor den Wahlen ist äußerst unwahrscheinlich. Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft hat mehrmals und öffentlich bekräftigt, dass neben dem abgeschlossenen Prozess und der Verurteilung weitere Verfahren auf Tymoschenko warten. Bis zu zehn weitere Untersuchungen laufen derzeit gegen sie. Es ist daher nicht davon auszugehen, dass Präsident Janukowytsch eine Freilassung Tymoschenkos in Betracht zieht, zumal es sich allem Anschein nach auch um einen persönlichen Rachefeldzug gegen die Orangen Gegner von einst handelt. Eine gezielte Änderung der umstrittenen Paragraphen 364/365 des ukrainischen Strafgesetzbuches, in denen es um Amtsmissbrauch und Korruption geht, lehnt seine Fraktion der Partei der Regionen im Parlament strikt ab, auch mit dem Argument, dass die Abschaffung dieser Paragraphen die Freilassung von Tausenden anderen Straf-

verfolgten nach sich ziehen würde. Tymoschenko muss also damit rechnen, das Schicksal des russischen Oligarchen Michail Chodorkowskij zu teilen.

Die EU im Dilemma – Anreize oder Druck

Die veränderte politische Lage stellt die EU vor ein Dilemma: Soll sie die geplante Prozedur zum Abschluss des Assoziierungsabkommens fortsetzen, das heißt zunächst einmal die Unterzeichnung vorbereiten? Die EU ist gespalten in eine Gruppe von Befürwortern, die das neue Abkommen prinzipiell als Instrument für die Re-Demokratisierung und neue politische Reformen sehen (etwa die Baltischen Staaten, Polen, Tschechien, Großbritannien, Irland). Auf der anderen Seite stehen viele Staaten der regierenden Elite der Ukraine derart skeptisch gegenüber, dass sie erst substantielle Fortschritte fordern, bevor es weitere Zugeständnisse geben soll (besonders Deutschland, Niederlande, Frankreich). Diese Spaltung ist auch im Europäischen Parlament und selbst innerhalb der politischen Fraktionen erkennbar.

Gute Argumente gibt es auf beiden Seiten. Befürworter einer schnellen Unterzeichnung sehen die Ukraine erst durch die Verbindlichkeit des Abkommens verpflichtet, politische Reformen anzugehen und mehr rechtsstaatliche Prinzipien umzusetzen. Für sie ist die Umsetzung des Abkommens der Lackmustest, an dem sich der politische Wille der regierenden Elite zeigen wird.

Die Skeptiker dagegen bewerten die Unterzeichnung zum jetzigen Zeitpunkt als politisches Geschenk an Janukowytsch, das dessen repressive Politik nur legitimieren würde. Mit dem Hinauszögern des Abkommens hingegen könne man weiter für die Freilassung der politischen Opposition eintreten und mit hinreichend großem Druck freie und faire Parlamentswahlen im Oktober fordern. Eine Position, die auch die EU-Kommission vertritt.

Besonders heikel ist, dass sich die politische Opposition in der Ukraine, selbst Julija Tymoschenko, sowie die Mehrheit der ukrainischen NGOs für die schnelle Unterzeichnung ausgesprochen haben. Die Unterzeichnung würde auch die Veröffentlichung des Abkommens ermöglichen. Das wiederum wäre eine wichtige Referenz für die demokratischen Kräfte im Land und die zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich damit auf die Grundsätze und Inhalte berufen könnten.

Ein Argument der Gegner einer schnellen Unterzeichnung ist, dass sich die EU selbst eine weitere Hürde gesetzt hat: Mit der Überarbeitung der Nachbarschaftspolitik im Mai 2011 wurde das Prinzip *more for more* eingeführt. In ihrer Mitteilung zu einer »Nachbarschaft im Wandel« stellen der zuständige EU-Kommissar Stefan Füle und die hohe Repräsentantin für die EU-Außenpo-

litik, Catherine Ashton, die Förderung von Demokratie (*deep democracy*), Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit als oberste Priorität dar, an der sich die neue Politik ausrichten müsse. Das *more for more* Prinzip besagt, dass nur derjenige Partner weitere Integrationsschritte und Vergünstigungen von EU-Seite erwarten kann, der in diesen Bereichen auch Reformen umsetzt. Nach diesem fundamentalen Grundsatz aber müsste die Prozedur um das neue Abkommen nun auf Eis gelegt werden, denn die Ukraine hat weder nachhaltige Reformbereitschaft im Sinne europäischer Standards bspw. im Bereich Justiz, Wahlgesetzgebung oder Verfassung gezeigt noch sind derzeit Anzeichen für eine Stärkung der Demokratie zu beobachten.

Ist die wertorientierte Vertragspolitik der EU wirklich durchführbar oder sollte sie nicht zugunsten einer pragmatischeren Herangehensweise, die die politischen Gegebenheiten des Landes akzeptiert, aufgegeben werden?

Die geopolitische Lage und die Rolle Russlands

Trotz aller scheinbaren Gegensätze und scharfer Rhetorik gegenüber Kiew weiß die Europäische Union um die wichtige Rolle der Ukraine, nicht nur für die Östliche Partnerschaft, sondern für das geostrategische Verhältnis zwischen der EU und Russland. Wenn es der EU nicht gelingt, die Ukraine stärker politisch und wirtschaftlich an sich zu binden, wird sie sich unweigerlich mehr auf Moskau zubewegen, lautet eines der schwerwiegendsten Argumente für eine schnelle Assoziierung.

Grund für diese Annahme ist der enorme Druck von russischer Seite. Moskau hat der Ukraine wiederholt einen Beitritt zur Zollunion (mit Russland, Kasachstan und Belarus) nahegelegt. Ein Freihandelsabkommen mit der GUS ist bereits unterschrieben. Als Gegenleistung für eine Mitgliedschaft in der von Putin angedachten Eurasischen Union (als Nachfolger der Zollunion) wäre dann eine signifikante Reduzierung des Gaspreises möglich, ähnlich wie bei Belarus, das im Vergleich zur Ukraine fast nur die Hälfte bezahlt. Moskau drängt aber ebenso auf eine Übernahme des Gastransportsystems wie es in Belarus bereits geschehen ist. Das würde die Abhängigkeit der Ukraine von Russland enorm verstärken und wird deshalb auch von Janukowytsch abgelehnt. Es würde außerdem den ukrainischen Oligarchen der Stahl- und Rohstoffindustrie weniger lukrative Gewinne bringen als die freien Märkte im Westen. Ein Beitritt zur Zollunion/Eurasischen Union wäre mit der geplanten Freihandelszone der EU jedoch auch aus rechtlichen und technischen Gründen nicht vereinbar.

Brüssel weiß, dass es der ukrainischen Regierung und den einflussreichen Oligarchen wirtschaftliche

Anreize bieten und dass es das Land andererseits auch in den Verhandlungen mit Russland unterstützen muss. Eine schnelle Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens wäre aus dieser Sicht zu befürworten.

Sollte die EU also Menschenrechte und Demokratiestandards hinten anstellen und lieber auf eine langfristige Bindung und langsame Verbesserung der inneren Verhältnisse in dem 46 Millionen Einwohner zählenden Land setzen?

Paraphierung trotz politischer Unzulänglichkeiten

Ende März fand die Paraphierung des Abkommens in Brüssel statt. Mit diesem rein technischen Verfahren wird der Text des Assoziierungsabkommens durch die Abzeichnung jeder einzelnen der 160 Seiten insgesamt festgesetzt. Der 1100 Seiten starke DCFTA-Teil wurde allerdings nur provisorisch paraphiert, durch eine Abzeichnung der ersten und letzten Seite, da die juristische und linguistische Prüfung noch einige Monate beansprucht. Sinn der Prozedur ist es vor allem den ausgehandelten Text zu fixieren und somit spätere Änderungen oder Verhandlungen darüber möglichst auszuschließen.

Was als öffentliche Zeremonie vor allem von EU-Kommissar Füle geplant war und auch politisch genutzt werden sollte, um weitere Fortschritte zu signalisieren, endete als bürokratischer Akt der verhandlungsführenden Beamten in den Hinterzimmern des diplomatischen Dienstes der EU in Brüssel. Die Mitgliedstaaten hatten massiv darauf gedrängt, der ukrainischen Seite keinen Anlass zu scheinbaren Erfolgsmeldungen zu geben. Trotzdem nutzten ukrainische Offizielle und Abgeordnete den Schritt um die guten Beziehungen beider Seiten hervorzuheben.

Mit der Paraphierung zu diesem Zeitpunkt wollte die EU jedoch ein positives Signal an die Zivilgesellschaft senden und zeigen, dass die Tür für die Ukraine weiterhin offen steht. Der Zeitpunkt war aber auch auf Drängen der ukrainischen Seite gewählt worden, die sich damit von Russlands Plänen einer Zollunion und dem neuen Präsidenten Wladimir Putin distanzieren wollte.

Wie weiter? Die nächsten Schritte der EU

Technische Prozeduren wie die Übersetzung des Textes und die abschließende juristische Prüfung werden weitere Monate beanspruchen. Ende des Jahres könnte das Abkommen unterschriftsreif sein. Alle Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten, die EU-Kommission sowie die ukrainische Regierung müssten dann bei einem offiziellen Treffen mit ihrer Unterschrift ihre endgültige Zustimmung zu dem Vertragswerk geben. Das könnte beim nächsten EU-Ukraine-Gipfel im Dezember in

Brüssel geschehen. Danach würde sich der Ratifizierungsprozess durch die 27 Mitgliedstaaten, zumeist durch deren nationale Parlamente, und durch das Europaparlament anschließen. Das Parlament muss unmittelbar nach der Unterzeichnung das Gesamtwerk ratifizieren, damit es seine Gültigkeit erhält. Die Unterzeichnung bedeutet vor allem die politische Zustimmung der Vertragsparteien zum Abkommen, während die Ratifizierung auch die rechtliche Verbindlichkeit und die demokratische Legitimation herstellt.

Besonderes Gewicht bekommt die Unterzeichnung zusätzlich dadurch, dass damit wahrscheinlich eine Klausel zur vorläufigen Anwendung bestimmter Bereiche des Abkommens wirksam würde (*provisional application*). Das betrifft alle Angelegenheiten, die nicht in der Kompetenz der Mitgliedstaaten liegen, sondern bereits heute europäisches Gemeinschaftsrecht sind. Das könnte unter anderem das sofortige Inkrafttreten des gesamten Handelsteils und der Freihandelszone bedeuten. Ein vor allem für die Oligarchen und die wirtschaftliche Elite der Ukraine lohnendes Ziel, wie unlängst auch der ukrainische Integrationsminister Jewhen Peschkin unterstrich. Sie drängen auf die schnelle Vorbereitung der vorläufigen Anwendbarkeit.

Sollte der gesamte Assoziierungsteil, in dem es auch um Werte, Demokratiestandards und Reformen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Zivilgesellschaft geht, von der vorläufigen Anwendbarkeit ausgeschlossen werden, müsste dieser den langwierigen Ratifizierungsprozess durch die Parlamente gehen. Eine Prozedur, die zwei Jahre dauern könnte und deren Ausgang völlig ungewiss ist, da jedes einzelne Parlament den Abschluss durch Nicht-Ratifizierung verzögern und letztendlich sogar ganz blockieren könnte.

Die politische Diskussion der Mitgliedstaaten im Europäischen Rat dazu hat erst begonnen. Noch ist unklar, wie sich Befürworter und Gegner einer bedingungslosen Unterzeichnung dazu stellen werden. Da die Freihandelszone eigentlich im Sinne beider Vertragspartner ist, wäre es sinnvoll, sie so schnell wie möglich provisorisch in Kraft treten zu lassen. Ein Vorgehen, das bei den Vorgängerabkommen mit Westbalkanstaaten Usus war. Andererseits vergibt man damit ein wichtiges Druckmittel für politische Reformen.

Auch wäre es für die EU-Regierungen sicherlich der einfachere Weg, die öffentliche politische Debatte erst dort beginnen zu lassen, wo sie eigentlich stattfinden soll, nämlich in den nationalen Parlamenten beim Ratifizierungsprozess.

Eine mögliche Alternative, die derzeit diskutiert wird, wäre die vertragliche Verknüpfung des Handels-Teils mit einigen ausgewählten weiteren Artikeln

bzw. Kapiteln aus dem restlichen Abkommen bspw. zu Rechtsstaat und Demokratie, so dass das DCFTA gemeinsam mit Werte-basierten Teilen des Abkommens vorläufige Anwendbarkeit findet. Das würde den Reformzwang der Ukraine zu einem früheren Zeitpunkt erhöhen. Offen ist jedoch, ob dann auch das Europäische Parlament schon vor der Unterzeichnung erneut konsultiert werden müsste.

Die EU wählt derzeit die Taktik der kleinen Schritte. Die technischen Prozeduren um das Abkommen und Treffen der Unterhändler gehen weiter, aber die Rhetorik von EU-Politikern gegenüber Janukowytsch hat sich in den letzten Wochen deutlich verschärft und wird mit der heranrückenden Fußballeuropameisterschaft nachdrücklicher. Viele Mitgliedstaaten, unter anderem Deutschland, lehnen eine bedingungslose Unterzeichnung derzeit ab. Auf keinen Fall will man dem autokratischen Präsidenten das Assoziierungsabkommen ohne Zugeständnisse geben. Die Lösung des Falls Tymoschenko wäre zumindest ein symbolischer Erfolg, wenn auch kein Fortschritt, solange die Verfahren und Repressionen weitergehen. Andererseits nimmt vor allem die Begeisterung der ukrainischen Bevölkerung für und das Vertrauen in die EU Schaden. Russland seinerseits wird den Druck auf die Ukraine unter seinem neuen Präsidenten weiter erhöhen.

Die Beurteilung der Oktoberwahlen wird den Ausschlag geben, unter welchen Bedingungen und wie schnell es mit dem Assoziierungsabkommen weiter geht. Keines der EU-Mitglieder wird bereit sein, sich vorher zu positionieren. Im Fall eines Triumphes der Opposition und spürbarer Verbesserungen könnte allerdings alles schnell gehen und das Abkommen ohne weitere Bedingungen unterzeichnet werden, selbst wenn Tymoschenko hinter Gittern bleibt. Bei einer weiteren Verschlechterung der Verhältnisse und Konsolidierung der Machtvertikale Janukowytschs hingegen muss die EU ihre Strategie völlig überdenken, wenn Sie das Abkommen nicht jahrelang auf Eis legen und der ukrainischen Bevölkerung jegliche Vorteile vorenthalten will.

Statt Musterbeispiel einer neuen Nachbarschaftspolitik der EU zu sein, könnte die Ukraine zum abschreckenden Beispiel werden. Scheitert das Abkommen oder wird eingefroren, steht die Idee der Östlichen Partnerschaft prinzipiell auf dem Spiel. Wird das Abkommen trotz starker Defizite unterzeichnet, ist die werteorientierte Neuausrichtung der Außenpolitik der EU für ihre Nachbarn unglaublich. Ein Ausweg aus dem Dilemma könnte nur die Ukraine selbst liefern. Doch darauf will sich in Brüssel derzeit niemand verlassen.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor:

Thomas Vogel M.A. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und parlamentarischer Assistent von Werner Schulz MdEP u. a. im Auswärtigen Ausschuss, im Parlamentarischen Kooperationsausschuss EU-Ukraine sowie der parlamentarischen Versammlung EURONEST.

*Lesetipps:**Dokumente*

- EU-Ukraine Association Agenda Priorities for Action 2011–12, May 2011 http://eeas.europa.eu/ukraine/docs/2011_12_eu_ukraine_priorities_en.pdf
- EU-Kommission/ Hohe Vertreterin der europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Eine Neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel. Eine Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, 25. Mai 2011 http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com_11_303_de.pdf

Beiträge

- Schulz, Werner, Vogel, Thomas: Nachbarschaftspolitik auf dem Prüfstand. Das Verhältnis zwischen EU und seinen östlichen Nachbarn neu justieren November 2011 http://www.werner-schulz-europa.eu/images/2012/pdf/Nachbarschaftspolitik_auf_dem_Prufstand_2011.pdf
- Danish Helsinki Committee for Human Rights: Legal Monitoring in Ukraine IV. Does Ukraine try to improve the Rule of Law? www.helsinki-komiteen.dk
- Report of the Polish Institute of International Affairs: Asserting the EU's Mission in the Neighbourhood: Ten Recommendations for an Effective Eastern Partnership. September 2011 http://www.pism.pl/files/?id_plik=8420

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Chronik des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine

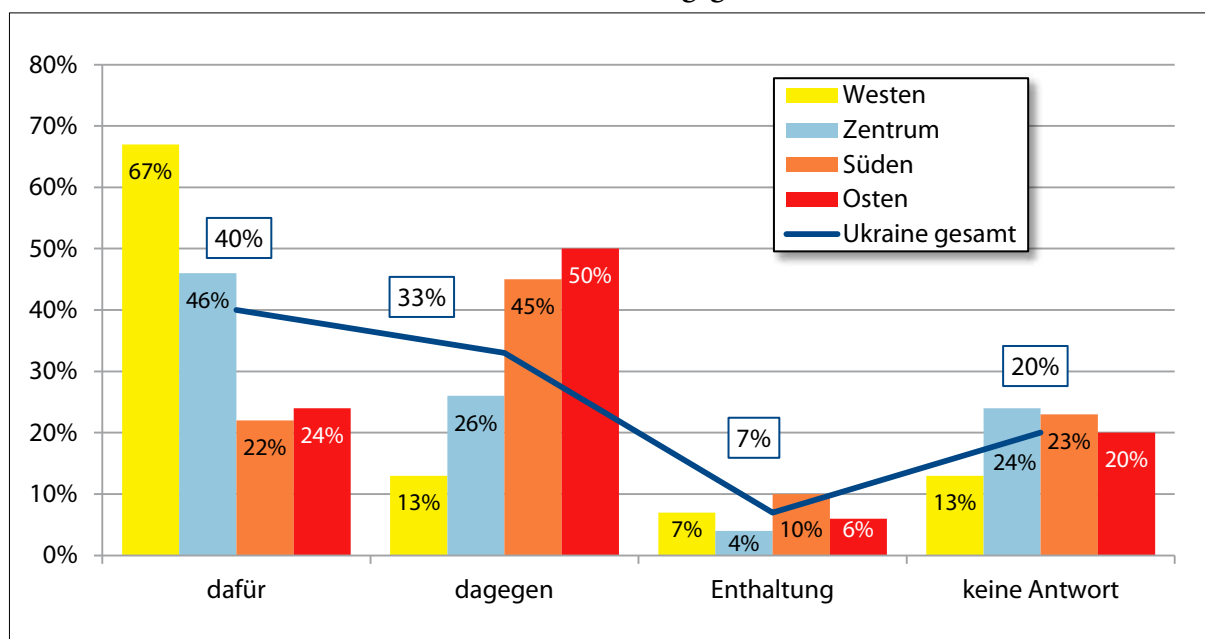
5.3. 2007	Beginn der Verhandlungen über ein „erweitertes Abkommen“ mit der Ukraine.
21.7.2008	Die EU-Außenminister verweigern der Ukraine die EU-Beitrittsperspektive und bieten ihr stattdessen ein Assoziierungsabkommen an. Bundeskanzlerin Angela Merkel wiederholt dieses Angebot bei ihrem ersten Arbeitsbesuch in Kiew.
9.9.2008	Beim EU-Ukraine-Gipfel in Paris wird ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine diskutiert, wobei der Name jedoch ausdrücklich nicht für eine Beitrittsperspektive steht. Die besondere Verbundenheit der Ukraine mit der EU kommt in der Formulierung, sie sei ein „europäisches Land, das mit der EU eine Geschichte und gemeinsame Werte teilt“ zum Ausdruck. Bis 2010 sind 500 Mio. Euro Hilfgelder für die Ukraine vorgesehen. Eine gemeinsame Freihandelszone und Visarerleichterungen für ukrainische Bürger werden angestrebt.
24.3.2009	Präsident Wiktor Juschtschenko erklärt, dass die kürzlich bestärkte „Östliche Partnerschaft“ für die Ukraine keine Alternative zur Anbindung an die Europäische Union durch ein Assoziierungsabkommen darstelle.
5.10.2009	In Kiew beginnt die letzte Gesprächsrunde zwischen der Ukraine und der Europäischen Union zu politischen und wirtschaftlichen Fragen des Assoziierungsabkommens.
2.7.2010	Die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton trifft mit Präsident Wiktor Janukowytsch in Kiew zusammen. Janukowytsch bekräftigt den Willen der Ukraine zur Integration in die EU und nennt das Assoziierungsabkommen, die Schaffung einer Freihandelszone und die Aufhebung der Visumspflicht als wichtigste Punkte.
30.8.2010	Präsident Wiktor Janukowytsch besucht Deutschland und trifft sich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Gesprächsthemen sind die bevorstehenden Investitionen der deutschen Wirtschaft in die Ukraine, insbesondere in das Gastransportsystem, sowie die Meinungsfreiheit. Janukowitsch erklärt, dass er demnächst ein Assoziierungsabkommen mit der EU erwarte.

13.9.2010	Präsident Wiktor Janukowytsch trifft sich in Brüssel mit dem Präsidenten der Europäischen Union, Hermann Van Rompuy und mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso. Janukowytsch betont, dass die Frage des Abschlusses des Assoziierungsabkommens von höchster Priorität ist und verspricht der EU störungsfreie Gaslieferungen aus Russland.
22.9.2010	Angela Filote, Vertreterin der Europäischen Kommission, erklärt, dass es am 22.11.2010 auf dem EU-Ukraine-Gipfel nicht zu einer Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens kommen werde, sondern vielmehr ein weiteres Jahr der Vorbereitung nötig sei.
22.11.2010	Beim EU-Ukraine-Gipfel wird der Ukraine ein EU-Visaaktionsplan übergeben, der das Land unter bestimmten Voraussetzungen langfristig zur Visafreiheit führen soll.
2.3.2011	Außenminister Guido Westerwelle trifft zu einem zweitägigen Besuch in Kiew ein und erklärt, er sei mit der Entwicklung der Ukraine in Richtung Demokratie und Rechtsstaat zufrieden. Er sehe die Ukraine als Teil eines Vereinten Europa und begrüße einen Abschluss des EU-Assoziierungsabkommens im Jahr 2011.
4.4.2011	In Brüssel findet ein Treffen zum Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine statt. Es ist von einer Vertrauenskrise die Rede, hervorgerufen durch die Konsultationen zu einer möglichen Zollunion der Ukraine mit Russland, Belarus und Kasachstan. Ein Abschluss der Verhandlungen vor Jahresende wird immer unwahrscheinlicher.
7.4.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch spricht sich in seiner Jahresbotschaft vor dem Parlament für eine Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan aus und favorisiert dabei eine Paketlösung. Das sogenannte 3+1 Modell liege Moskau bereits vor. Gleichzeitig betont er die Dringlichkeit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU bis Ende des Jahres.
30.8.2011	Der Präsident Polens, Bronisław Komorowski, sagt in einem Interview, dass der Prozess gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko ein Hindernis auf dem Weg der Ukraine in die EU sei. Tags darauf äußert sich auch Jerzy Buzek, Präsident des Europäischen Parlaments, besorgt über die politische Komponente der Inhaftierung Tymoschenkos. Der US-amerikanische Senator John McCain und der Präsident der Europäischen Volkspartei Wilfried Martens rufen die ukrainische Führung dazu auf, Tymoschenko auf Kautions freizulassen. Das Komitee für Fragen des internationalen Handels beim Europäischen Parlament kommt zu dem Schluss, dass Sanktionen gegen die Ukraine nicht hilfreich seien und ein Vorantreiben des Assoziierungsabkommens am ehesten dem Recht zu seiner Geltung ver helfe.
29.9.2011	Der Gastgeber des EU-Gipfels Östliche Partnerschaft in Warschau, Donald Tusk, erklärt, dass der Fall Tymoschenko einen Schatten auf die Ukraine werfe und der Abschluss des Assoziierungsabkommens keinesfalls selbstverständlich sei. Präsident Wiktor Janukowytsch trifft auf dem Gipfel u. a. auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, die ebenfalls die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien anmahnt.
12.10.2011	Der Direktor der Abteilung für Informationspolitik des Außenministeriums, Oleh Woloschyn, nennt die von der EU vorgenommene Verknüpfung des EU-Assoziierungsabkommens mit der Verurteilung der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko eine „merkwürdige Position“. Der Außenminister Kanadas, John Baird, kritisiert den Gerichtsprozess sowie das über Julija Tymoschenko verhängte Urteil und sieht darin einen Grund für eine mögliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Auch Großbritannien, Polen, Italien und Tschechien schließen sich der Kritik an.
27.10.2011	Im Europäischen Parlament wird eine Resolution zur Ukraine verabschiedet, in der das Urteil gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko scharf kritisiert und die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit einer Revision des Urteils in Verbindung gebracht wird. Das ukrainische Außenministerium sieht die Resolution dennoch als Erfolg an, weil aus ihrer Sicht die Beitrittsperspektive darin enthalten sei.

2.11.2011	In einem offenen Brief fordert die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko die EU auf, das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine zu unterschreiben, auch wenn die Forderungen der letzten Resolution nicht erfüllt würden.
11.11.2011	In Brüssel findet die Abschlussrunde der Gespräche über das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine statt. Beide Seiten sprechen von erfolgreichen Verhandlungen, wenngleich über die Aufnahme der Beitrittsperspektive in den Vertrag noch nicht entschieden wurde.
17.11.2011	Der Auswärtige Ausschuss des Europaparlaments empfiehlt, so schnell wie möglich den Assoziierungsvertrag mit der Ukraine abzuschließen.
24.11.2011	In ukrainischen Medien taucht die Nachricht auf, Präsident Wiktor Janukowytsch werde am 19.12. 2011 nach Moskau zu einer Sitzung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft reisen. Für diesen Tag war bisher ein Treffen zum Assoziierungsabkommen mit der EU vorgesehen. Janukowytsch erklärt daraufhin, er werde da sein, wo es nötig sei. Fünf Tage später gibt das Außenministerium bekannt, dass die Verhandlungen mit der EU beim Präsidenten fest eingeplant sind.
1.12.2011	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, in der ein schnellstmöglicher Abschluss der Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen gefordert wird, allerdings müsse sich Kiew umgehend um seine Demokratiedefizite kümmern. Erwähnung findet auch Russland, das die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine torpediere. Festgehalten wird weiterhin der Wille, die Ukraine bei der Reform der Verfassung und der Wahlgesetze zu unterstützen.
19.12.2011	Auf dem EU-Ukraine-Gipfel in Kiew erklären EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Präsident Wiktor Janukowytsch die Verhandlungen zum Assoziierungsvertrag für erfolgreich abgeschlossen. Er wird jedoch nicht unterschrieben. Eine künftige Mitgliedschaft der Ukraine in der EU wird in dem Vertrag nicht erwähnt. In einer gemeinsamen Erklärung wird die Inhaftierung der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko als Grund für die Verschiebung der Unterschrift genannt. Die Verhaftung wird von der EU als politisch motiviert angesehen. Der Streit um Tymoschenko war allerdings auch Ursache dafür, dass die EU-Seite ein Treffen der drei Präsidenten im November 2011 hatte kurzfristig platzen lassen, sodass eine Lösung des letzten offenen Punktes, der Beitrittsperspektive, nicht rechtzeitig möglich war. Der stellvertretende Außenminister Pawel Klymkin erklärt am Folgetag, das Abkommen sei aus technischen Gründen nicht unterschrieben worden. Der Text sei lang und müsse erst geprüft werden.
5.3. 2012	In einem Beitrag in der International Herald Tribune beschuldigen Guido Westerwelle und vier weitere Außenminister europäischer Länder die ukrainische Führung, den Prozess der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine in die Sackgasse geführt zu haben. Die Verhandlungen seien im Dezember 2011 zwar erfolgreich abgeschlossen worden, die Entwicklungen der letzten zwei Jahre in der Ukraine würden die Ratifizierung jedoch verhindern. Am gleichen Tag bestätigen laut ukrainischem Außenministerium dessen Minister Konstantyn Hryschtschenko und Vertreter der EU in Prag, das Abkommen bis Ende März 2012 unterzeichnen zu wollen.
30.3.2012	Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine wird im Beisein der Chefunterhändler Miroslav Lajčák vom Europäischen Auswärtigen Dienst und Pawel Klymkin, dem Stellvertretende ukrainischen Außenminister, in Brüssel paraphiert.
5.4.2012	Die Regierung beschließt einen Sofortmaßnahmen-Plan 2012 zur Eingliederung der Ukraine in die EU. Darin sind Reformen (Modernisierung des Erdgastransportsystems, institutionelle Reformen) sowie die Frage der Vertiefung der Verbindungen zwischen der Ukraine und der EU enthalten: Visa-Liberalisierung, Zusammenarbeit mit Polizei- und Justizbehörden der EU, Erweiterung der handelspolitischen Zusammenarbeit usw.
2.5.2012	Außenminister Guido Westerwelle erklärt, dass das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterschrieben werde, solange sich die Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine nicht in die richtige Richtung entwickle.

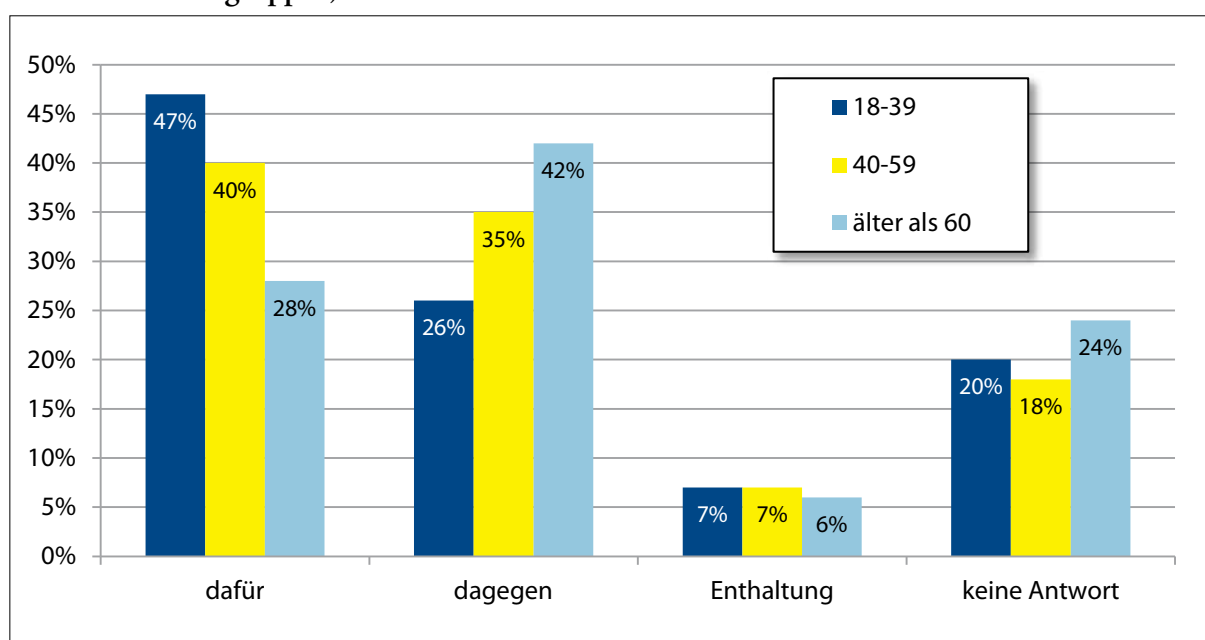
Umfragen zu einem möglichen EU-Beitritt

Grafik 1: Wenn es ein Referendum zu der Frage gäbe, ob die Ukraine der EU beitreten sollte oder nicht, würden Sie dafür stimmen, dagegen stimmen oder sich enthalten?



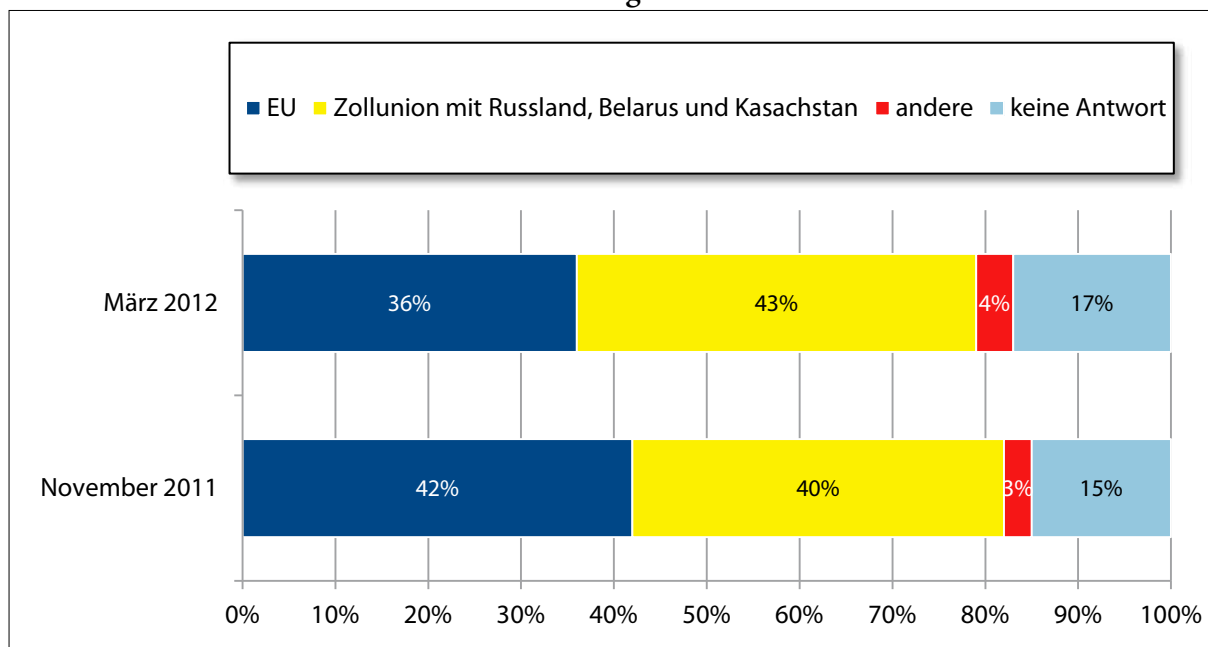
Quelle: repräsentative Umfrage des KIIS vom 10. bis 19.2.2012, <http://kiis.com.ua/ua/news/view-147.html>

Grafik 2: Wenn es ein Referendum zu der Frage gäbe, ob die Ukraine der EU beitreten sollte oder nicht, würden Sie dafür stimmen, dagegen stimmen oder sich enthalten? (nach Altersgruppen)



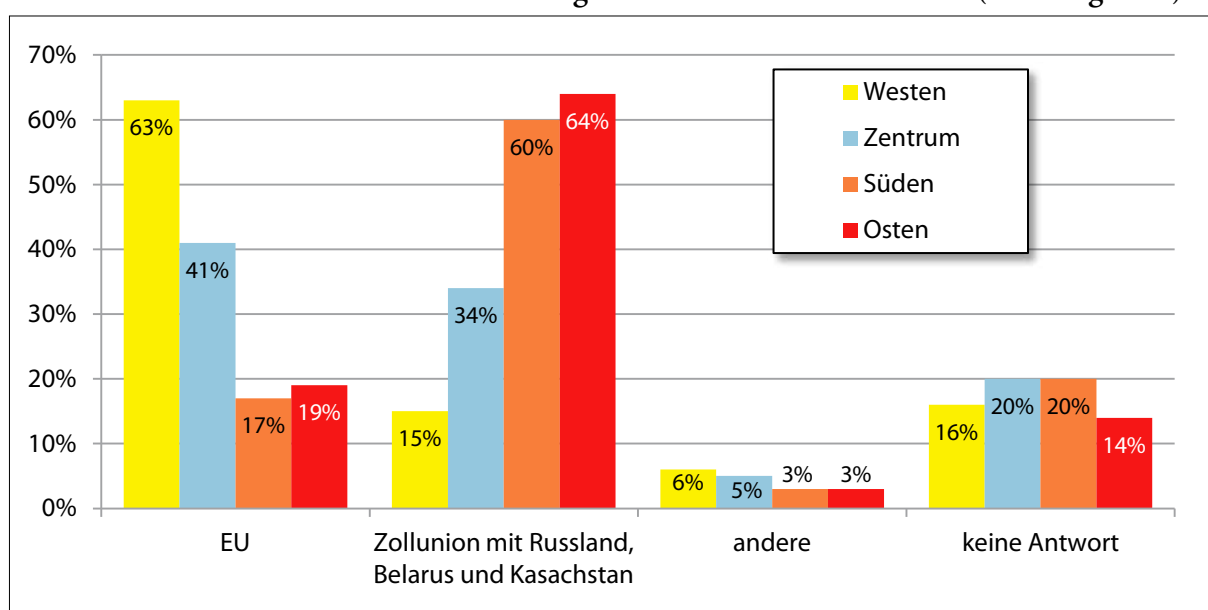
Quelle: repräsentative Umfrage des KIIS vom 10. bis 19.2.2012, <http://kiis.com.ua/ua/news/view-147.html>

Grafik 3: Welcher der folgenden Vereinigungen sollte sich die Ukraine anschließen, wenn sie nur einer internationalen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten könnte?



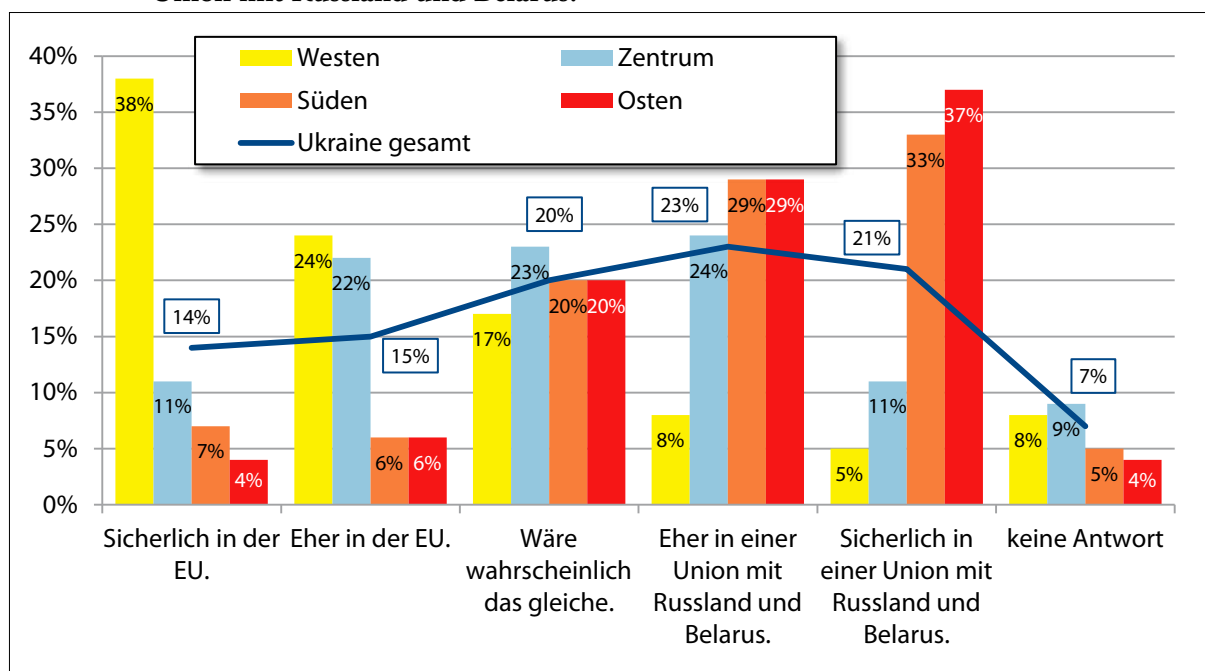
Quelle: repräsentative Umfrage von International Republican Institute, Baltic Surveys Ltd./The Gallup Organization und Rating Group Ukraine vom 17.2. bis 7.3.2012, <http://ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14000/>

Grafik 4: Welcher der folgenden Vereinigungen sollte sich die Ukraine anschließen, wenn sie nur einer internationalen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten könnte? (nach Regionen)



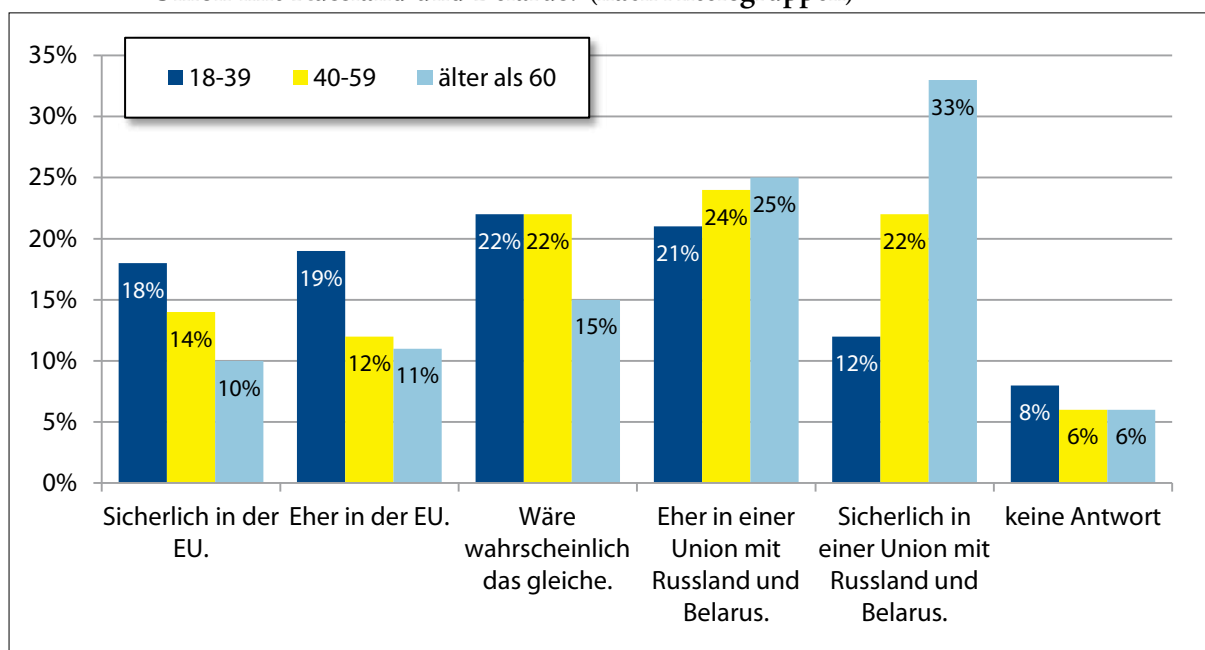
Quelle: repräsentative Umfrage von International Republican Institute, Baltic Surveys Ltd./The Gallup Organization und Rating Group Ukraine vom 17.2. bis 7.3.2012, <http://ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14000/>

Grafik 5: In welchem Staatenbund könnten die Ukrainer besser leben - in der EU oder in einer Union mit Russland und Belarus?



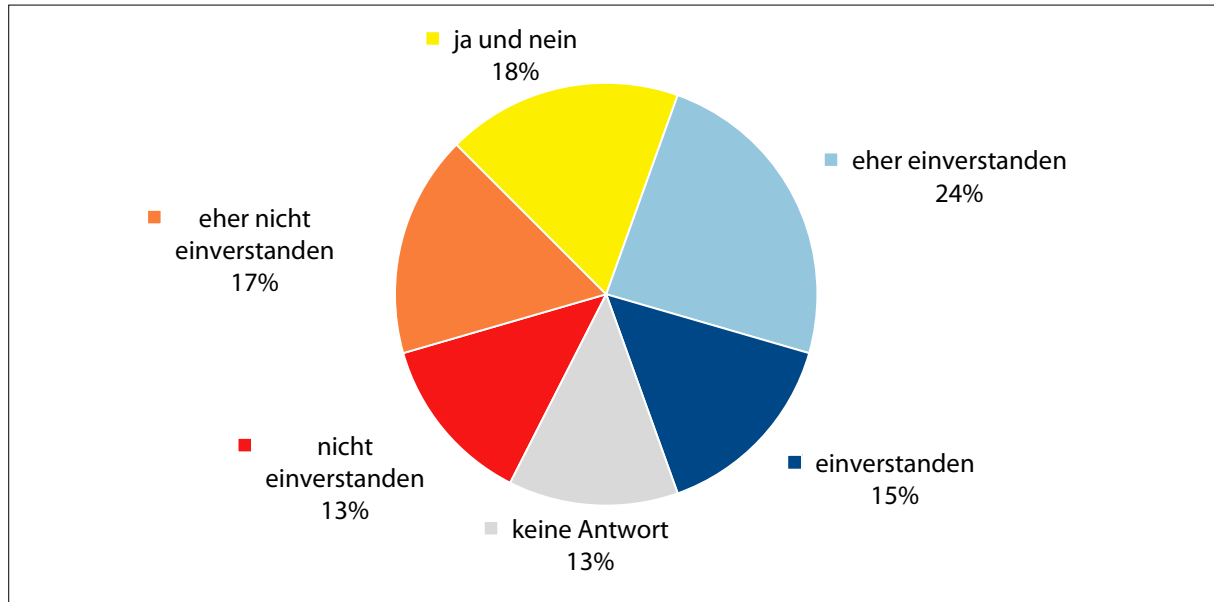
Quelle: repräsentative Umfrage des KIIS vom 10. bis 19.2.2012, <http://kiis.com.ua/ua/news/view-147.html>

Grafik 6: In welchem Staatenbund könnten die Ukrainer besser leben - in der EU oder in einer Union mit Russland und Belarus? (nach Altersgruppen)



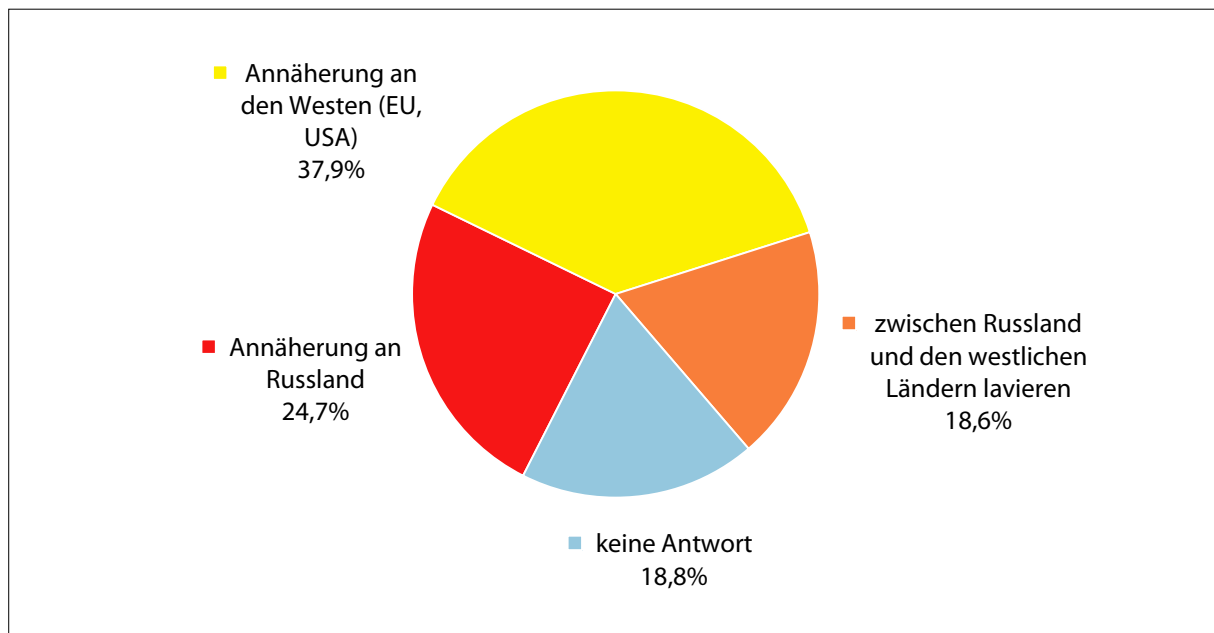
Quelle: repräsentative Umfrage des KIIS vom 10. bis 19.2.2012, <http://kiis.com.ua/ua/news/view-147.html>

Grafik 7: Sind Sie mit der Behauptung einverstanden, dass es die wichtigste Aufgabe der ukrainischen Außenpolitik ist, den Beitritt zur EU zu ermöglichen?



Quelle: repräsentative Umfrage des KIIS vom 10. bis 19.2.2012, <http://kiis.com.ua/ua/news/view-147.html>

Grafik 8: In welche Richtung sollte sich Ihrer Meinung nach die Ukraine bewegen? (Umfrage unter Jugendlichen)



Quelle: repräsentative Umfrage des Horschenin-Instituts unter Jugendlichen vom März 2012, http://institute.gorshenin.ua/researches/108_molodezh_ukraini.html

Reaktionen des Westens auf den Fall Tymoschenko – die ukrainische Sicht

Wegen der Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien, insbesondere im Umgang mit der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, haben die Staatsoberhäupter mehrerer europäischer Länder ihre Teilnahme an einem von der Ukraine ausgerichteten Treffen ost- und mitteleuropäischer Präsidenten Mitte Mai 2012 in Jalta abgesagt. Des Weiteren haben Politiker der Europäischen Union sowie einzelner Länder angekündigt, die Ukraine zur Fußball-EM im Juni 2012 demonstrativ nicht zu besuchen. Auch das Assoziierungsabkommen mit der EU wurde als Druckmittel eingesetzt, um die Regierung Janukowytsch zum Einlenken zu bewegen.

Im Folgenden dokumentieren wir beispielhaft für die Haltung einiger westlicher Länder die Erklärung der EU zur Situation um Tymoschenko und die unterschiedlichen Reaktionen in der Ukraine auf die Boykottandrohungen.

Statement by the spokesperson of High Representative Catherine Ashton on the situation of Yulia Tymoshenko (26/04/2012)

The spokesperson of Catherine Ashton, High Representative of the European Union for Foreign Affairs and Security Policy and Vice President of the Commission, issued the following statement today:

“The High Representative of the European Union for Foreign Affairs and Security Policy, Catherine Ashton, is deeply preoccupied by the situation of Yulia Tymoshenko, former Prime Minister of Ukraine. Today the Ukrainian Ombudsperson’s Office confirmed that Ms Tymoshenko was subjected to physical violence during the transfer from her cell to a hospital on 20 April. The High Representative recalls the obligation of Ukraine to examine promptly and impartially any complaints of torture or other forms of cruel, inhuman or degrading treatment. The High Representative is seriously concerned by the decision of Ms Tymoshenko to begin a hunger strike to draw the attention of the international community to the situation in Ukraine.

The High Representative calls on the Ukrainian authorities to ensure the full respect of the right of Ms Tymoshenko to adequate medical assistance in an appropriate institution. The High Representative also insists on the right of Yulia Tymoshenko to have access to her lawyers without restriction, and encourages the Ukrainian authorities to allow visits by family members.

As a sign of their political will to clarify the situation, the High Representative asks the Ukrainian authorities to allow the EU Ambassador, accompanied by independent medical specialists, to visit Ms Tymoshenko in prison. The EU Ambassador has been instructed, pending agreement of the authorities, to travel to Kharkiv at the earliest opportunity.”

Quelle: http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/press_corner/all_news/news/2012/2012_04_26_2_en.htm

Die Ukraine darf ihre europäische Chance nicht wegen Janukowytsch verlieren – eine Erklärung der Partei Front der Veränderung,

Interfax Ukraine, 3.5.2012

Die Ukraine darf ihre europäische Chance nicht wegen der ukrainischen Führung und des Staatsoberhauptes Wiktor Janukowytsch verlieren. Dies steht in einer Erklärung der Partei Front der Veränderung [...].

»Die Regierungszeit Janukowytschs ist gekennzeichnet durch den Verlust der historischen Chance der Ukraine auf ihre europäische Integration. Aufgrund des Handelns der jetzigen Führung ist unser Land in allen möglichen internationalen Ratings gesunken: Meinungsfreiheit, Unternehmerfreiheit, Investitionsanreize u. Ä.«, heißt es in der Erklärung. [...]

Gleichzeitig wird innerhalb der Partei insbesondere betont, dass die Ukrainer das Recht haben ein vollwertiges Mitglied der europäischen Gemeinschaft zu sein: »Die Ukraine hat das Recht Veranstaltungen von Weltrang auszurichten, darunter auch solche wie die Fußball-EM. Unser Staat sollte nicht wegen des Fehlverhaltens einer verantwortlichen Person, und sei es die höchste im Staat, in die internationale Isolation geraten.«

Quelle: <http://www.interfax.com.ua/rus/pol/103143/>

In der Partei der Regionen fürchtet man sich nicht vor einem Boykott der EURO-2012, Kommentarii.ua, 4.5.2012

»Von Boykott kann keine Rede sein, weil ein Boykott entsprechend des Statuts der UNO eine teilweise oder völlige Aufhebung der Beziehungen zu einem Land ist, wenn also nicht nur Beamte, sondern auch Bürger nicht in das Land reisen usw. Wir denken, dass es heute in der EU zwei Kategorien von Beamten gibt: Die einen hatten gar nicht vor zu fahren...Es gab Informationen, dass die gesamte EU-Kommission nicht fahren wird, aber dies hatte sie ja auch gar nicht vor. Das heißt, man muss die Frage richtig stellen: Hatte die betreffende Person wirklich vor zu fahren und hat sie ihren Plan geändert? Die EU-Kommission hatte nicht vor zu fahren. Warum sollte die EU-Kommission zum Fußball fahren? Es gibt aber auch Politiker aus wichtigen Ländern, die erklärten, dass sie aus politischen Gründen nicht fahren würden. Aus Sicht der internationalen Politik und des internationalen Rechts ist das aber kein Boykott, das ist bloß die Absage einzelner Politiker, die EURO-2012 zu besuchen«, sagte Leonid Koschar [Abgeordneter der Partei der Regionen und Stellvertretender Vorsitzender des parlamentarischen Komitees für auswärtige Angelegenheiten].

Quelle: <http://politics.comments.ua/2012/05/04/337069/pr-boyatsya-boykota-evro2012.html>

Der Erste Stellvertretende Präsident des Europaparlamentes Gianni Pittella: »Mit der Sache Tymoschenko soll die Ukraine allein zurechtkommen«, Komsomolska prawda, 28.4.2012

Das Visaregime, der Kampf gegen die Korruption, die anstehenden Parlamentswahlen, die Bürgermeisterwahlen in Kiew – das sind die Themen, die als erstes auf der Sitzung des Klubs der Freunde der Ukraine im Europaparlament am 25.4.2012 in Brüssel hätten angesprochen werden sollen.

Diplomatische Akzente in der Diskussion um das Thema Verurteilung und Misshandlung Julija Tymoschenkos setzte der Erste Stellvertretende Präsident des Europaparlamentes Gianni Pittella. Der Politiker äußerte die Meinung, dass die Ukraine die Sache Tymoschenko selbst regeln und auf dem Weg der Integration in die EU bleiben solle. Denn es stünden ihr noch alle Wege offen, Vollmitglied der EU zu werden.

»Es ist doch ganz offensichtlich, dass ein Strafverfahren gegen einen einzelnen Politiker kein Grund ist, den Integrationsprozess umzudrehen. Die Ukraine ist wichtig für die Europäische Union«, sagte er. »Freunde, wir sollten uns auf die Fragen konzentrieren, die einer Annäherung der Ukraine dienen.«

Nach diesen Worten begannen die Europaabgeordneten die Möglichkeiten einer Einführung des visafreien Reiseverkehrs zwischen der EU und unserem Land zu diskutieren. Einige Politiker sprachen sich für eine möglichst schnelle Aufhebung der Visumpflicht für Ukrainer aus. [...]

Übrigens, wenn man das Verhalten der europäischen Politiker beobachtet, drängt sich der Eindruck auf, dass sie der wiederholten Skandale um Julija Tymoschenko längst überdrüssig sind. In den Fluren des Europaparlamentes konnte man häufiger Folgendes hören: Jedes Mal, wenn es um die Integrationsprozesse geht, muss es irgendeinen Skandal geben.

Quelle: <http://kp.ua/daily/280412/335750/>

Das offizielle Kiew hält die Information über den Aufruf zum Boykott der EURO-2012 für überzogen

Korrespondent.ua, 1.5.2012

Der Leiter der Delegation der Ukraine bei der EU Konstantyn Jelisejew hofft, dass die Informationen über den Aufruf zum Boykott der Fußball EM 2012 überzogen sind.

»Gleichzeitig denke ich aber auch, dass einzelne Hinweise auf die sehr harten Bedingungen, dass nämlich die Meisterschaft in der Ukraine nur besucht und der Assoziierungsvertrag nur unterzeichnet wird, wenn die Situation um die sogenannte gelenkte Rechtssprechung geklärt ist, nicht gerade einer konstruktiven Entwicklung der Beziehungen dienen und den politischen Dialog in die Sprache von Ultimaten überführen«, sagte Jelisejew.

Der Diplomat geht davon aus, dass diesem Ansatz die »strategische Sicht« fehlt, weil er es der EU nicht erlaubt das »Transformationspotenzial der Ideen der europäischen Integration und die Fußballdiplomatie zu nutzen.« [...]

Des Weiteren ist er der Auffassung, dass es »ungerecht ist, von der Ukraine die Erfüllung politischer Mitgliedschaftskriterien zu verlangen und diese zu einer Bedingung für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zu machen.«

Quelle: <http://korrespondent.net/ukraine/politics/1345558-oficialnyj-kiev-schitaet-informaciyu-o-prizyvah-bojktirovat-evro-2012-preuvelichennoj>

Schub zurück: Die Ukraine treibt von der EU zur Eurasischen Union,

Liga.net, 7.5.2012, Pjotr Oleschtschuk

In der Krise der ukrainisch-europäischen Beziehungen, die jetzt in ihre heiße Phase gekommen ist, gibt es noch ein dritte Seite. Auch Russland hat Chancen seine Ziele in Bezug auf die Beziehungen zur Ukraine durchzusetzen. Die Aufgaben sind ganz klar: Die ukrainische Führung dazu zwingen, den neuen Strukturen im postsowjetischen Raum beizutreten, den Russen damit einen weiteren geopolitischen Sieg Putins präsentieren, die Integration vertiefen, sie unumkehrbar machen.

Dafür müsste sich die Ukraine letztlich entschieden von den Versuchen abwenden, ihre Multivektoralität demonstrieren zu wollen. Oder mehr noch – ihre prowestliche Einstellung. Das könnte geschehen, wenn die ukrainische Seite versteht, dass sie in europäischer Hinsicht keine Chancen mehr hat. Deshalb ist die internationale Isolierung der Ukraine für den Kreml sehr vorteilhaft, er kann hier eine Alternative anbieten – die Eurasische Union. Derzeit gehören Russland, Belarus und Kasachstan dazu, Beitrittskandidaten sind Kirgisien und Tadschikistan. [...]

Die internationale Lage der Ukraine erinnert an die Belarus'. Der Algorithmus der Entstehung dieser Situation ist folgender: 1) Versuche in der EU ein Gegengewicht zur EU zu finden; 2) ein Skandal, der in Europa Unzufriedenheit auslöst; 3) internationale Isolierung im Westen; 4) Einbeziehung in das russische geopolitische Projekt.

Quelle: http://liga.net/opinion/33717_obratnaya-tyaga-ukrainu-otnosit-ot-evrosoyuza-k-evraziyskomu.htm

Außenministerium kritisiert europäische Politiker, die EM boykottieren

Ukrainska prawda, 3.5.2012

Das Außenministerium der Ukraine bezeichnet die Versuche, sportliche Ereignisse zu politisieren, als destruktiv. Dies sagte der Pressesekretär der Behörde Oleksandr Dikusarow [...].

»Der Aufruf zum Boykott der EM wird in der Praxis einen Imageschaden dieses grandiosen sportlichen Ereignisses bedeuten und auch den Verlust des Interesses an diesem Ereignis bei Millionen normaler Ukrainer, die für unterschiedliche Parteien stimmen oder sich überhaupt nicht für Politik interessieren. Diejenigen, die versuchen die EURO-2012 zur Zielscheibe zu machen, helfen damit nicht der Reformierung des ukrainischen Rechtssystems und auch nicht der Stärkung von demokratischen Institutionen und der Rechtshoheit«, sagte er.

Im Außenministerium ist man überzeugt, dass sich all diese Fragen objektiv betrachtet auf einer anderen Ebene befinden als das Fußballfest, das von Natur aus jenseits der Politik steht und nicht für die Lösung politischer Fragen verwendet werden kann.

Quelle: <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/05/3/6963885/>

In Polen wundert man sich über die Deutschen,

1.5.2012, Welt.Online, Gerhard Gnauck

Oksana Sabuschko, die bekannteste Schriftstellerin des Landes, sagte »Welt Online«: »Ein Boykott würde die Ukraine international isolieren und restlos unter den Einfluss Russlands bringen, wogegen wir ja kämpfen«, so Sabuschko. »Er würde die Zone des Autoritarismus im Osten Europas ausweiten. Dagegen würde die EM die Informationsmauer, die unser Land vom Westen trennt, durchbrechen und zu mehr Gemeinsamkeit und gemeinsamer Sicherheit in Europa beitragen.« Ihr Kollege Juri Andruchowytsch urteilt weniger kategorisch: »Zum Boykott habe ich keine klare Meinung. In die Isolation rutschen wir, Dank dem regierenden Klüngel, sowieso. Ob vor oder nach der EM, macht dann keinen großen Unterschied.«

Quelle: <http://www.welt.de/politik/ausland/article106241516/In-Polen-wundert-man-sich-ueber-die-Deutschen.html>

Im Außenministerium hofft man, dass die Position Merkels in Bezug auf Tymoschenko nur eine »Zeitungssente« ist

ZN,UA, 30.4.2012

»Man möchte glauben, dass es sich hierbei um eine Zeitungssente handelt.« [...] »Es ist doch schwer vorstellbar, dass die politischen Akteure in Deutschland in der Lage sind, die Methoden aus Zeiten des Kalten Krieges wiederzubele-

ben und den Sport zu einer Geisel der Politik zu machen«, sagte er [der Leiter der Informationsabteilung des Außenministeriums Oleh Woloschyn].

Er erinnerte auch daran, dass noch vor einigen Jahren, als ernsthafte Bedenken bezüglich der Fähigkeit der Ukraine, rechtzeitig auf die Durchführung der EURO-2012 vorbereitet zu sein, geäußert wurden, in den Medien aktiv darüber diskutiert wurde, dass gerade Deutschland sich um die Austragung bewerben würde, falls sich die UEFA gegen die EM in der Ukraine entscheidet.

»Es ist schon erstaunlich, dass es bisher überhaupt keine Unstimmigkeiten zwischen deutschen Politikern und den Regierungen anderer Länder unserer Region gegeben hat. Niemand erwähnt auch nur mit einem Wort einen Boykott von sportlichen Großereignissen, die in den kommenden Jahren in diesen Ländern geplant sind«, sagte Woloschyn.

Quelle: http://news.zn.ua/POLITICS/v_mid_nadeyutsya_chno_pozitsiya_merkel_v_otnoshenii_timoshenko_gazetnaya_utka-101367.html

Merkel »mischt sich ohne viel Federlesen« in die Politik der Ukraine ein – Partei der Regionen ZN,UA, 29.4.2012

Der Abgeordnete der Partei der Regionen Wasilij Kiselew meint, dass sich Angela Merkel ohne viel Federlesen in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt hat. Außerdem erklärte er, dass die Gesetzgebung der Ukraine die Behandlung von Inhaftierten im Ausland nicht vorsieht. Der Abgeordnete schlug vor, Merkel solle neben Tymoschenko auch noch 150 weitere Frauen aus der Strafkolonie zur Behandlung nach Deutschland holen.

Quelle: http://news.zn.ua/POLITICS/merkel_bestsermonno_vmshivaetsya_v_politiku_ukrainy_-_partiya_regionov__-101361.html

Zusammengestellt und übersetzt von Judith Janiszewski

ANALYSE

Politische Beteiligung und Positionierung ukrainischer Jugendlicher: Die Orange Revolution und darüber hinaus

Von Antonina Tereshchenko, Porto

Zusammenfassung

Thema des Beitrags ist die bürgerschaftliche Identität von ukrainischen Jugendlichen, insbesondere deren Beteiligung an der Zivilgesellschaft. Mit Blick auf die Orange Revolution wird überprüft, ob die ukrainische Jugend einen demokratischen Wandel, im Sinne eines wachsenden zivilgesellschaftlichen Engagements, wachsender diesbezüglicher Fähigkeiten und eines wachsenden Willens zur gesellschaftlichen Organisation und politischer Beteiligung durchlaufen hat; zweitens wird die generelle Auffassung von zivilgesellschaftlichem Engagement bei den Jugendlichen betrachtet. Es wird argumentiert, dass die Konzentration auf das, was die jungen Leuten innerhalb der Grenzen ihres Alters *tun*, statt auf das, was sie *nicht tun*, die Formen ihrer politischen Partizipation deutlich hervortreten lässt. Landläufig werden sie hingegen häufig als apathisch und unbeteiligt wahrgenommen.

Dilemma des bürgerschaftlichen Engagements bei Jugendlichen

Die politische Apathie von Jugendlichen wird in postkommunistischen Ländern als auch in den seit längerer Zeit etablierten Demokratien als Problem angesehen. Die Jugendforschung allerdings hat alternative Parameter zur Untersuchung der wahrgenommenen Depolitisierung bei Jugendlichen vorgelegt. Es wurde

z. B. nahegelegt, dass Zynismus unter jungen Leuten nicht unbedingt Apathie oder mangelndes Interesse an politischen Themen bedeute. Diese Haltung könnte genauso gut als Form des Widerstands und als politischer Protest von Jugendlichen als einer marginalisierten und ausgegrenzten Gruppe interpretiert werden. Junge Leute beteiligen sich durchaus an Politik, aber eher an unkonventioneller Politik, die eng mit der

spät- und post-modernen Realität verknüpft ist, d. h. mit Formen der Individualisierung und Hinwendung zu post-materialistischen Werten. Jugendliche stehen häufig an der vordersten Front sozialer Bewegungen, wie z. B. bei den Anti-Globalisierungs-Protesten, bei Protesten gegen den Krieg im Irak, beim Thema Umwelt und Abtreibungsrecht, Tierschutz, Anerkennung der Gleichstellung von Homosexuellen, Frauenfragen und Ähnlichem. Ihr themenorientiertes Engagement kommt auch darin zum Ausdruck, dass sie sich eher NGOs als herkömmlichen politischen Parteien anschließen. Der Blick auf das Thema Jugendliche und zivilgesellschaftliches Engagement legt des Weiteren nahe, dass bürgerschaftliches Engagement in der außerschulischen Praxis erlernt werden kann.

In der Ukraine geht die öffentliche Diskussion um Bürgerschaftlichkeit nicht nur mit der Vorstellung von einem aktiven politischen Leben in einer demokratischen Gesellschaft einher, sondern spiegelt auch Probleme der nationalen Identität und Zugehörigkeit wider. Ein Aspekt in diesem Diskurs ist das wahrgenommene Bedürfnis, Zugehörigkeit zur und Loyalität gegenüber der Nation unter den Jugendlichen als Voraussetzung für die aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Geschehen zu schaffen. Der Prozess der Bildung einer gemeinsamen nationalen Identität wird in der Ukraine durch die regionale Polarisierung entlang der Ost-West-Achse verkompliziert. Das Maß der emotionalen Zugehörigkeit und der Bürgerbeteiligung hängen insofern miteinander zusammen als sich eine Person aktiv in der Zivilgesellschaft engagieren kann, wenn sie sich auch dazugehörig fühlt. Jugendliche allerdings, die sich nicht zur Gesellschaft dazugehörig fühlen, werden unzufrieden und stehen einer aktiven Teilnahme an dieser Gesellschaft gleichgültig gegenüber.

Im Folgenden werden zunächst die Unterschiede bei der Identifikation junger Leute mit der Orangen Revolution in zwei verschiedenen Regionen der Ukraine (Region Lwiw und Luhansk) dargestellt (siehe Anmerkung am Ende des Textes). Im Weiteren wird argumentiert, dass die Jugendlichen trotz der regionalen Differenzen, die sich durch ihre Ansichten und Positionen ziehen, eine ähnliche zivilgesellschaftliche Handlungsfähigkeit, ähnliche Erfahrungen und einen ähnlich großen Willen zu politischem Engagement haben.

Orange Revolution und Engagement der Jugendlichen

Eine Möglichkeit, die Frage der Beteiligung der ukrainischen Jugend zu beleuchten, ist es, ihre Erfahrungen während der Orangen Revolution von Ende 2004 zu untersuchen. Zu dieser Zeit waren die Teilnehmer der Studie zwischen 14 und 16 Jahren alt. Die unten

folgende Tabelle fasst die Gefühle der jungen Leute bei diesen Ereignissen in beiden Regionen zusammen. Während die negative (aber vorwiegend aktive) Positionierung gegenüber der Orangen Revolution kennzeichnend für die Mehrheit der ostukrainischen Jugend war und für diejenigen, die in Lwiw eine russische Schule besuchten, war sich die westukrainische Jugend im Prinzip einig in ihrer pro-Orangen politischen Positionierung. Wir argumentieren hier, dass die Ablehnung und negative Auslegung der Orangen Revolution durch die Teilnehmer ein selbstbewusster Weg des Umgangs mit den regionalisierenden, ausschließenden Diskursen sein konnte, die diese Ereignisse stimuliert hatten. Angesichts des Gefühls des Identitätsverlustes und des Ausschlusses vom nationalen »Projekt«, könnten die Jugendlichen die Revolutionsereignisse als weiteren Versuch der nationalen Aktivisten aufgefasst haben, aus (Russisch sprechenden) Ostukrainern »wahre« Ukrainer zu machen.

Tabelle 1: Zusammenfassung der pro- und anti-Orangen Positionen und Emotionen

pro-	anti-
• Stolz • Enthusiasmus • Hoffnung • Neugier • Wachsen der Zivilgesellschaft • Wiederbelebung der nationalen Idee • Abstandnehmen von der sowjetischen Vergangenheit • Freiheit • Kameradschaft • friedliche, legale Aktionen • hat die Ukraine international bekannt gemacht	• Propaganda • Brainwashing • Populismus • Nationalismus • gefährliche zivile Unruhen, »wildes« Benehmen • Spaltung des Landes • Sorge um militärisches Eingreifen • Unsicherheit • Entrüstung

Wenn Schüler aus der Ostukraine gefragt wurden, ob sie an irgendwelchen Aktionen auf einer Seite des politischen Spektrums teilgenommen hätten, rechtfertigten sie ihre Nicht-Beteiligung damit, dass es für junge Leute unter 18 verboten sei sich an politischen Kampagnen zu beteiligen. Eltern in der Ostukraine erlaubten ihren Kindern häufig nicht zu Demonstrationen zu gehen und die Schulen hielten die Schüler davon ab, die Ereignisse überhaupt zu diskutieren. Die westukrainische Jugend, im Gegensatz dazu, erinnerte sich daran, häufig auf Demonstrationen gewesen zu sein. (s. Tabelle 2).

Einige Forscher würden argumentieren, dass die generelle Nicht-Beteiligung an den Orangen Revolu-

tionsprotesten im Osten bestätigt, dass die Zivilgesellschaft in dieser Region weniger entwickelt ist als in anderen Teilen der Ukraine und dass hier noch immer eine sowjetische autoritäre Mentalität vorherrsche. Jedoch, weit davon entfernt unbeteiligt zu sein, nahmen die jungen Leute indirekt teil, indem sie Accessoires wie z. B. blaue Bänder an ihre Taschen hängten oder sich diese um ihre Knie oder Oberschenkel banden. Sie beteiligten sich, indem sie permanent die politischen Ereignisse erörterten und diskutierten und damit Auseinandersetzungen provozierten. »Wir konnten auf keinen gemeinsamen Nenner kommen und wir konnten in der Klasse lange keinen Frieden schließen, und sogar jetzt streiten wir noch manchmal.« (Kira) In den Klassen habe es hitzige Debatten gegeben, weil z. B. der Lehrer für Juschtschenko, die Klasse aber für Janukowytsch gewesen sei.

Tabelle 2: Beispiele für die Beteiligung von Jugendlichen

Ostukraine	Westukraine
• orange und blaue Bänder tragen • Graffiti an die Wand malen • Diskussionen in der Klasse • Dialog mit den Medien	• Sprechchöre auf Demonstrationen • Fahنشwenken • orange Schals und Bänder tragen • Geld spenden für die Leute auf dem Majdan • Aufkleber an Türen und Tische kleben • in der Schule Poster gestalten • Poster verteilen

Die Orange Revolution war ein entscheidender Moment im politischen Leben der ersten post-sowjetischen Generation (während sich die regionalen Differenzen verstärkten und die nationale Einheit infrage gestellt wurde) und hat sie dazu gebracht, wahrscheinlich sogar erstmals, über ihre politische Loyalität und Neigung nachzudenken. Schon das allein zeigt eine Form von zivilgesellschaftlichem Engagement, das durch vielfältige kleine Aktionen offenkundig wurde. Die jungen Leute entwickelten ein politisches Bewusstsein, indem sie etwas über Macht lernten, mit den Medien zu tun hatte und mit Eltern, Lehrern und Gleichaltrigen neue Ideen entwickelten. Der kritische Dialog war in diesem Fall eine Form der politischen und sozialen Transformation.

Während jugendliches Engagement in beiden Regionen identifiziert werden konnte, hatten die regionalen Unterschiede starken Einfluss auf die Position der Jugendlichen zur Orangen Revolution. Wenn wir aber über die politischen Grabenkämpfe hinausgehen und das generelle zivilgesellschaftliche Engagement

der jungen Leute und deren Umsetzung von Bürgerschaft betrachten wollen, sehen wir, dass die regionalen Unterschiede zwischen den Jugendlichen nicht sehr groß waren.

Im nächsten Abschnitt soll es nicht mehr darum gehen, warum die Jugendlichen an den Protesten der Orangen Revolution teilgenommen haben oder auch nicht, sondern darum, ob sie bereit dazu waren, sich an einem demokratischen Modell von Bürgerschaft im Rahmen der Zivilgesellschaft zu beteiligen.

Positionen: »zynisch«, »aktiv«, »privat«, »auf die Gesellschaft fokussiert«

Trotz ihrer Unterstützung für und ihre »Beteiligung« an der Orangen Revolution war die grundsätzliche politische Position der Jugendlichen aus der Westukraine die gleiche wie die der eher »passiven« Jugendlichen im Osten. Alle jungen Leute waren anscheinend davon ausgegangen, dass sie mit Politik nie etwas zu tun haben würden. Sie sahen Politiker als »nervig« an und politische Parteien als Organisationen, »die sich nur kurz vor den Wahlen für uns interessieren«. Die Mehrheit der jungen Leute in beiden Regionen war der Ansicht, dass die Möglichkeiten der politischen Beteiligung häufig auf das Wählen beschränkt sind (einen »Präsidenten zu wählen« und bei »bei den Parlamentswahlen abzustimmen« sind in ihren Augen die offensichtlichsten politischen Aktivitäten), dass Politik eine Sache des weit in der Zukunft liegenden Erwachsenenlebens ist, und dass es noch »zu früh für uns ist über politische Beteiligung nachzudenken«.

Was aber als Mangel an politischem Engagement oder als Passivität gedeutet werden könnte, entsprach eigentlich einem ganz anderen politischen Ansatz. Wenngleich nicht politisch aktiv, waren die ukrainischen Jugendlichen dieser Studie doch an Politik interessiert und einige diskutierten die Gründe dafür auch eifrig. Ihrer Meinung nach waren alle Politiker »Söldner«, »eigennützig« und »unehrlich«; Politik wurde mit einem »schmutzigen Geschäft« gleichgesetzt, mit »Raub« und »Geld verdienen«. Trotz Zynismus in Bezug auf Politik gab es Anzeichen für Engagement unter den Schülern. Ihre »civic agency« wurde in dem Verlangen nach aktiver Teilnahme an öffentlichen Protesten mit dem Ziel, der Ungerechtigkeit und der Verletzung ihrer politischen und Menschenrechte entgegenzuwirken, offensichtlich. Angesprochen auf Aktivitäten wie Freiwilligenarbeit, Teilnahme an Umweltbewegungen, Beschäftigung mit Frauenfragen, Tierschutz und Hilfe für alte und behinderte Menschen sowie Kinder, gaben die Befragten an, dass sie sich vorstellen könnten, sich für solche sozialen Fragen zu engagieren, oder dies bereits täten. Es schien, dass sich die Jugendlichen zwar mit gesellschaftlichen

Themen beschäftigten, freiwillige Arbeit oder kleinere Aktivitäten auf lokaler Ebene jedoch nicht explizit mit Bürgerschaft oder politischer Beteiligung gleichsetzen oder diese nicht als solche anerkennen. »Das ist keine politische, das ist soziale Arbeit«, argumentierte ein Schüler.

Wenn die Jugendlichen allerdings nach akuten politischen Problemen gefragt wurden, sprachen sie als erstes von den Wahlen oder der Außenpolitik (z. B. »Wer wird die kommenden Wahlen gewinnen und werden wir je in die Europäische Union eintreten«, »Nicht Richtung EU gehen, sondern die Integration mit Russland vorantreiben«). Überall im Land nannten sie im Weiteren aber auch unmittelbare politische Probleme wie z. B. die Wirtschaftslage, soziale Absicherung und Wohlstand, Arbeitsplätze, Jugendpolitik – Themen also, die eher ihre persönlichen und gemeinschaftlichen Erfahrungen betreffen. Viele wünschten »weniger Langeweile«, mehr Freizeiteinrichtungen für junge Leute (Sportausstattung, Sportzentren, gute Sport- und Spielplätze) und Orte, an denen man zu erschwinglichen Preisen zusammenkommen kann (Diskos, Kinos, Cafés). Als besorgte Bürger forderten sie mehr Aktivitäten und Veranstaltungen für ihre kulturell und sozial vernachlässigten Gegenden, die Kindern und jungen Leuten zugutekommen sollen. Gerade von Kindern und Jugendlichen sagten sie oft, diese würden »einfach nur rumhängen und nichts zu tun haben«. Die jungen Leute brachten ihre Sorge über die Verbreitung von »Clubs mit Glücksspielautomaten« zum Ausdruck, »die das Leben einiger Eltern ruinieren« und »einfach Geldverschwendung« seien. Darüber hinaus sagten die Jugendlichen überall in der Ukraine, wenn sie nach ihrem direkten Umfeld gefragt wurden, dass sie sich um das Wohl ihrer Städte und Dörfer sorgten. Außerdem hatten sie Kenntnisse von der Geschichte ihrer Ortschaften, wussten von aktuellen Problemen und machten sich Gedanken über die Zukunft. Viele beschäftigten sich mit den sozialen Problemen vor Ort, indem sie kritisch beobachteten, reflektierten und Probleme wie »Vermüllung«, »Verschmutzung«, »Verfall von historischen Gebäuden«, »schlechte Straßen«, »dunkle Straßen«, »Mangel an Orten für Jugendliche« und vieles mehr beanstandeten. Sie fühlten sich grundsätzlich verpflichtet, die Umwelt zu schützen und waren sich im Klaren darüber, wie ihr Ort verbessert werden könnte.

Insgesamt scheint es, dass die Jugendlichen eine aktive Kritikkompetenz entwickelt haben (auch ihre zynische Sicht auf die Politik ist eher Kritik als Desinteresse oder komplette Ablehnung) und dass sie die Feststellung von den apathischen Jugendlichen infrage stellen, indem sie sich die konventionelle politische Partizipation (wie z. B. Wählen gehen) als auch das unmittelbare lokale Engagement angeeignet haben. Die

befragten Jugendlichen verbanden das Politische sehr stark mit dem Persönlichen. Allerdings tat sich für sie ein Mangel an Möglichkeiten auf, sich Gehör zu verschaffen oder sinnvoll zu partizipieren. Ein Fakt, der die Aufmerksamkeit auf die Schulen als Ort für das Erlernen und Praktizieren von Bürgerschaft richtet.

Jugendliche, die tatsächlich an Geschichte und aktuellen gesellschaftlichen Fragen interessiert waren, kritisierten den fehlenden Bezug zu solchen Themen sowohl in ihrem Sozialkundeunterricht als auch in der größtenteils lehrerzentrierten Unterrichtspraxis insgesamt. Während alle interviewten Lehrer der Aussage zustimmten, dass die Bürgerschaftsausbildung dazu diene, aktive Bürger auszubilden, zeigte ihre Unterrichtspraxis keinen aktiven pädagogischen Ansatz. Die Jugendlichen (und das entsprach auch unseren Beobachtungen) stellten einen Mangel an offenen Diskussionen, Debatten und Aktivitäten fest, die es ihnen ermöglichen würden, ihre Meinung in einem geschützten Rahmen zu äußern. Die Lehrer stellten sich als ängstlich gegenüber einer Ausweitung der schulischen Demokratie und Mitsprache heraus und betonten eher die Verpflichtungen der Schüler als deren Rechte. Es war nicht unüblich zu hören, dass Lehrer idealisierend und sentimental über die Schulabgänger sprachen, als »reine, gute und normale Kinder«, und zudem anmerkten, dass diese zu jung seien, um eine Meinung zur politischen Situation zu haben oder um über politische Beteiligung nachzudenken.

Letztendlich nimmt die Bürgerschaftliche Erziehung in der Ukraine eine Randposition ein. Kein Wunder, dass einige junge Leute nach dem Durchlaufen eines Schulsystems, das durch die Betonung traditioneller Lernstoffe und Methoden »wissende Bürger schaffen« will, eine utilitaristische Einstellung gegenüber Wissen allgemein und dessen Anwendbarkeit bei Prüfungen eingenommen haben: »Warum soll ich für Kunst oder Bürgerschaftliche Bildung lernen, wenn ich an der Uni Aufnahmeprüfungen in Mathe habe?«

Fazit

Die Hauptargumente, die relevant für die Beteiligungsdimension im Sinne der Bürgerschaft scheinen, können in folgender Weise zusammengefasst werden. Erstens: Während die Jugend in allen europäischen Ländern und insbesondere in der Ukraine generell als passiv und zynisch angesehen wird, in Schulen genauso wie in vielen akademischen und politischen Diskursen, hat diese Studie gezeigt, dass die Jugendlichen kritisch sind und ganz offensichtlich nicht unbeteiligt. Insbesondere während der Orangen Revolution hat sich die Jugend, die keine anderen Möglichkeiten der Partizipation hatte, in einer Vielzahl von unkonventionellen Weisen bürgerschaftlich engagiert, indem sie die Ressourcen nutzten,

die ihrer Altersgruppe zur Verfügung standen. Zweitens zeigten die jungen Ukrainer die Fähigkeit, überlegte Urteile über verschiedene Aspekte des sozialen und politischen Lebens zu fällen, ihre eigene Ausbildung kritisch einzuschätzen und praktische demokratiefördernde Verbesserungsvorschläge zu machen. Ablehnung und Misstrauen seitens der Jugendlichen gegenüber der konventionellen Politik sprechen eher für einen Mangel an Kontrolle, den sie dieser gegenüber empfinden, als für politische Apathie. Das tiefgehende und kritische Verständnis der Mehrheit der Jugendlichen legt nahe, dass die Lehrer von der Einbeziehung der Jugendlichen in Entscheidungsfindungsprozesse zu den Inhalten des

Unterrichts in Bürgerschaftlicher Bildung profitieren würden sowie von mehr Möglichkeiten für einen stärker demokratisch geprägten Dialog und für informelle Interaktion zwischen Lehrern und Schülern.

Der Text basiert auf den Ergebnissen einer qualitativen Studie, die im Jahr 2006 im Laufe von acht Monaten, in Städten und in ländlichen Gemeinden im Osten (Gebiet Luhansk) und im Westen (Gebiet Lwiw) durchgeführt wurde. Insgesamt nahmen 190 junge Menschen zwischen 15 und 18 Jahren aus 10 Oberschulen an 56 Gruppendiskussionen teil.

Übersetzung aus dem Englischen von Judith Janiszewski

Über die Autorin:

Antonina Tereshchenko erwarb ihren PhD im Jahr 2009 an der Universität Cambridge (UK) und ist derzeit als Postdoc im Bereich Kindheit, Migration und Bildung an der Universität Porto beschäftigt (Portugal).

Lesetipps:

- Tereshchenko, A.: Ukrainian youth and civic engagement. Unconventional participation in local spaces, in: Journal of Youth Studies, 2010, 13(5), S. 597–613.
- Tereshchenko, A.: Learning citizenship education in Ukraine. High-school pupils' experiences and subject relevancy, in: Naukovi Zapysky NaUKMA, 2010, 110, S. 12–19 [Ukrainian].

CHRONIK

Vom 28. März bis 8. Mai 2012

28.3.2012	Der Stellvertretende Parlamentssprecher Mykola Tomenko berichtet, dass im ersten Quartal 2012 mehrere Abgeordnete an keiner der Parlamentssitzungen teilgenommen haben: 11 von der Partei der Regionen, 3 vom Block Tymoschenko, einer von Unsere Ukraine und zwei Fraktionslose. Am Tag zuvor hatte der Innenminister Witalij Sachartschenko gesagt, dass im Jahr 2011 179 Abgeordnete verschiedener Ebenen wegen Korruption zur Verantwortung gezogen wurden: 85 von der Partei der Regionen, 40 vom Block Tymoschenko, 33 von Unsere Ukraine, 10 von der Kommunistischen Partei, 7 vom Block Lytwyn, 3 von Starke Ukraine und einer von Vaterland.
29.3.2012	Die Charkiwer Regionalorganisation der Partei Vaterland demonstriert vor der Staatsanwaltschaft in Charkiw gegen die Strafverfolgung ihres Vorsitzenden Arsen Awakow, des ehemaligen Gouverneurs der Region Charkiw. Zwei Tage zuvor war er aufgrund eines internationalen Haftbefehls in Italien verhaftet worden. Am 31.1.2012 war ein Haftbefehl gegen ihn wegen unrechtmäßiger Veräußerung von Land erlassen worden.
30.3.2012	Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine wird im Beisein der Chefunterhändler Miroslav Lajčák vom Europäischen Auswärtigen Dienst und Pawel Klymkin, dem Stellvertretende ukrainischen Außenminister, in Brüssel paraphiert.
30.3.2012	Serhij Luzenko liest auf dem Parteitag in Kiew einen Brief seines inhaftierten Bruders und Vorsitzenden der Partei Nationale Selbstverteidigung vor. Darin erklärt dieser die Vereinigung seiner Partei mit der Partei Vaterland. Zu diesem Schritt hatte in einem Schreiben auch die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko aufgerufen.
2.4.2012	Kurz nachdem die Bundesregierung der ukrainischen Führung die medizinische Behandlung der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko in der Berliner Charité angeboten hatte, erklärte die Präsidialadministration, dass für die Festlegung des Ortes sowie die Art und Weise der Behandlung von Inhaftierten allein die Staatliche Gefängniskommission, die Generalstaatsanwaltschaft und das Gesundheitsministerium zuständig seien. Nun gibt die Generalstaatsanwaltschaft ihre Genehmigung zur Behandlung Tymoschenkos außerhalb des Gefängnisses.
2.4.2012	Im Petchersker Bezirksgericht in Kiew beginnt ein neuer Prozess gegen den im Februar 2012 zu vier Jahren Haft verurteilten ehemaligen Innenminister Jurij Luzenko. Den Vorsitz hat Anna Meduschewska. Er wird beschuldigt, die unrechtmäßige Überwachung einer Person organisiert zu haben, die mit der Vergiftung Wiktor Juschtschenkos in Zusammenhang steht.
3.4.2012	Ruslan Schtscherban, Abgeordneter des Donezker Regionalparlamentes von der Partei der Regionen, schreibt in einem Brief an den Botschafter der USA, John Tefft, dass er beweise könne, dass Julija Tymoschenko und Pawel Lasarenko an dem Mord an seinem Vater, Jewhen Schtscherban, beteiligt gewesen seien. Dieser war im November 1996 am Donezker Flughafen erschossen worden. 2002 wurden acht Tatverdächtige festgenommen und schuldig gesprochen. Als Organisator wurde Pawel Lasarenko ausgemacht.
4.4.2012	Das Verfassungsgericht entscheidet, dass Wähler außerhalb der Ukraine bei den Parlamentswahlen nur über die landesweiten Parteilisten abstimmen dürfen, für die Ein-Mann-Wahlkreise dürfen sie ihre Stimme nicht abgeben. Dies betrifft ca. 400.000 Wähler.
5.4.2012	Die Regierung beschließt einen Sofortmaßnahmen-Plan 2012 zur Eingliederung der Ukraine in die EU. Darin sind Reformen (Modernisierung des Erdgastransportsystems, institutionelle Reformen) sowie die Frage der Vertiefung der Verbindungen zwischen der Ukraine und der EU enthalten: Visa-Liberalisierung, Zusammenarbeit mit Polizei- und Justizbehörden der EU, Erweiterung der handelspolitischen Zusammenarbeit usw.
5.4.2012	Der ehemalige Umweltminister der Regierung Tymoschenko Heorhij Filiptschuk wird zu drei Jahren Haft wegen Überschreitung der Amtsbefugnisse verurteilt. Nach seiner Entlassung wird er für drei Jahre keine Staatsämter übernehmen dürfen. Am 13.12.2010 war das Verfahren gegen ihn eröffnet worden. Kurz darauf wurde er in Untersuchungshaft genommen und im April 2011 auf freien Fuß gesetzt, jedoch mit einem Ausreiseverbot belegt.
7.4.2012	Der Erste Stellvertretende Generalstaatsanwalt Rinat Kusmin sagt in einer Fernsehsendung, dass gegen den Stellvertretenden Parteivorsitzenden von Vaterland, Oleksandr Turtshynow, Anklage erhoben werden könnte. Er habe während seiner Arbeit für den Geheimdienst einen Journalisten in den Pressedienst der Behörde geholt und diesem außer der Reihe eine Wohnung verschafft. Außerdem würden Untersuchungen zur Beteiligung der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko und Pawel Lasarenkos an den Auftragsmorden an Jewhen Schtscherban, Oleksandr Mamot und Wadim Getman eingeleitet. Die Wiederaufnahme des Falles Schtscherban hatte Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka zwei Tage zuvor offiziell verkündet. Tymoschenko ist hier zunächst als Zeugin vorgesehen.
10.4.2012	Das Verfassungsgericht erklärt die Regelung, der entsprechend Wahlkandidaten für das Parlament in einheitlichen Landeswahlkreisen und gleichzeitig in einem Ein-Mann-Wahlkreis aufgestellt werden dürfen, für verfassungswidrig. Diese Regelung war Teil des Kompromisses mit der Opposition, der die Annahme des Wahlgesetzes am 17.11.2011 überhaupt möglich gemacht hatte. Kurz darauf erklärt das Komitee gegen die Diktatur, dass es die Stimmen seiner Mitglieder für das Wahlgesetz zurückziehe.
10.4.2012	Vor dem Regierungssitz in Kiew wird für den Erhalt der ukrainischen Synchronisation fremdsprachiger Filme demonstriert.

11.4.2012	Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning, äußert sich besorgt über die Lage inhaftierter Oppositionspolitiker in der Ukraine. Kurz zuvor hatte er den zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilten ehemaligen Innenminister Jurij Luzenko in einem Haftkrankenhaus besucht. Gegenüber der Regierungsmitgliedern kritisierte er u. a. die unzureichende Medienfreiheit im Land.
12.4.2012	Vertreter der Opposition sammeln 150 Unterschriften für die Initiierung eines Misstrauensantrags gegen Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka.
12.4.2012	Das Petschersker Bezirksgericht in Kiew verurteilt den ehemaligen Ersten Stellvertretenden Verteidigungsminister der Regierung Tymoschenko, Walerij Iwaschtschenko, zu fünf Jahren Haft wegen Amtsmissbrauchs bei der Unterzeichnung eines Sanierungsplans für das Staatsunternehmen Schiffsmontagewerk Feodossija. Der damalige Chef des Werkes, Serhij Michejew, wird zu drei Jahren verurteilt.
13.4.2012	Das Parlament stimmt in zweiter Lesung einer neuen Strafprozessordnung zu, die die Rolle der Gerichte stärkt.
14.4.2012	Hennadij Akselrod, ein bekannter Geschäftsmann, wird in Dnipropetrowsk auf offener Straße erschossen. Er war Stellvertretender Vorsitzender der Finanz-Industriellen Gruppe Sparta.
19.4.2012	Beim Kiewer Bezirksgericht in Charkiw wird ein Verfahren gegen die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko im Zusammenhang mit ihrer Leitung des Konzerns Vereinigte Energiesysteme eröffnet. Sie soll Gelder veruntreut und Steuern hinterzogen haben. Tymoschenko nimmt nicht an der Verhandlung teil. Vor dem Gericht versammeln sich ca. 1.500 Tymoschenko-Gegner und etwa doppelt so viele Anhänger. In Kiew demonstrieren ca. 300 Anhänger der Partei Ukraine-Vorwärts! vor der Präsidentialadministration für die Freilassung der politischen Gefangenen.
19.4.2012	Die Nationale Kommission zur staatlichen Regelung der Energieversorgung fasst den Beschluss, dass das Gastransportsystem, das von UkrTransGas betrieben wird, auch von privaten Anbietern für den Transit und demzufolge auch für den Export genutzt werden darf. Damit kommt die Ukraine einer Forderung aus der Energiecharta nach.
20.4.2012	Umweltminister Mykola Slotschewskij wird entlassen und zum Stellvertretenden Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates ernannt. Zu seinem Nachfolger wird Eduard Stawnitzkij ernannt, der bisher Leiter des Staatlichen geologischen Dienstes war.
20.4.2012	Die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko wird aus dem Gefängnis in ein Krankenhaus in Charkiw verlegt. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums habe sie sich jedoch der Behandlung verweigert und sei wieder zurückgebracht worden. Tymoschenko beklagt im Anschluss bei dem Transport geschlagen worden zu sein.
23.4.2012	Die Parteien Vaterland und Front der Veränderung präsentieren eine »Deklaration der Einheit«, in der sie sich auf die Erstellung einer gemeinsamen Wahlliste für die Parlamentswahlen im Oktober 2012 einigen. Auch die Parteien Reformen und Ordnung, Für die Ukraine!, Nationale Selbstverteidigung und Volksbewegung schließen sich der Vereinigten Opposition an.
23.4.2012	Der Politische Rat der Partei der Regionen wählt den Leiter des Nationalen Sicherheitsrates Andrij Kljuschew zum Wahlstabsleiter der Partei. Noch im Februar 2012 hatte Präsident Wiktor Janukowytsch erklärt, dass Kljuschew dieses Amt nicht übernehmen werde.
24.4.2012	Serhij Wlasenko, der Anwalt der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko erklärt, dass seine Mandantin aus Protest gegen die Gewaltanwendung bei ihrem Transport ins Krankenhaus und die Haftbedingungen insgesamt in den Hungerstreik getreten sei. Dies ruft bei der Opposition, die das Parlament besetzt, und auch international Protest hervor.
24.4.2012	Das Parlament wählt Walerija Lutkowska mit 252 Stimmen zur neuen Menschenrechtsbeauftragten. Mitte März hatten nur 212 Abgeordnete für sie gestimmt. In den vergangenen elf Jahren vertrat sie die Ukraine vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof.
25.4.2012	Bundespräsident Joachim Gauck sagt seine Teilnahme an einem Treffen der Präsidenten der mittel- und osteuropäischen Länder in Jalta Mitte Mai 2012 ab. In den folgenden zwei Wochen sagen etwa ein Dutzend Präsidenten ihre Teilnahme ab, etwa die Hälfte von ihnen nennt die mangelnde Rechtsstaatlichkeit und den Umgang mit der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko als Grund.
25.4.2012	Die scheidende Menschenrechtsbeauftragte Nina Karpatschewa erklärt nach einem Besuch in der Krankenabteilung im Katschaniwsker Gefängnis, dass die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko dort nicht effektiv medizinisch behandelt werden könne.
26.4.2012	Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton fordert die Ukraine auf, dem EU-Botschafter ein Treffen mit der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko zu ermöglichen.
27.4.2012	In Dnipropetrowsk detonieren nacheinander vier Bomben, wodurch 27 Menschen verletzt werden. Die Täter sind unbekannt.
27.4.2012	In Kiew demonstrieren ca. 2.000 Anhänger oppositioneller Parteien für eine Ukraine ohne Repressionen.

28.4.2012	Der nächste Verhandlungstag im bereits eröffneten zweiten Verfahren gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko in Charkiw wird auf den 21. Mai verschoben. Tymoschenko erklärt, sie sei aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage, an der Verhandlung teilzunehmen.
29.4.2012	Bundeskanzlerin Angela Merkel, Umweltminister Norbert Röttgen, die Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Claudia Roth u. a. erwägen es deutschen Politikern wegen der aktuellen Situation in der Ukraine und insbesondere wegen des Umgangs mit der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko von einem Besuch der Fußball-EM in der Ukraine abzuraten. Der russische Präsident Dmitrij Medwedew kritisiert die Verfolgung politischer Gegner in der Ukraine.
30.4.2012	Oleh Woloschyn, Leiter der Informationsabteilung vom Außenministerium, sagt, man hoffe, dass die Überlegungen Angela Merkels zu einem möglichen Boykott der Fußball-EM nur eine Zeitungssente seien und die deutsche Politik sich nicht wieder den Methoden des Kalten Krieges zuwende.
1.5.2012	Jose Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, erklärt, dass er die Ukraine aufgrund der aktuellen Lage in der kommenden Zeit nicht besuchen werde.
1.5.2012	Die Außenministerin der USA Hillary Clinton ruft die Ukraine dazu auf, die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko und andere inhaftierte Mitglieder aus deren Regierung aus der Haft zu entlassen.
2.5.2012	Der österreichische Außenminister Michael Spindelegger erklärt, dass als Zeichen des Protests gegen die menschenrechtsverletzende Behandlung der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko kein Regierungsmitglied aus Österreich zur Fußball-EM in die Ukraine reisen werde. Außenminister Guido Westerwelle erklärt, dass das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterschrieben werde, solange sich die Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine nicht in die richtige Richtung entwickle. Gleichzeitig wiederholt er das Angebot, Tymoschenko in Deutschland behandeln zu lassen. Der polnische Präsident Bronisław Komorowski warnt den Westen vor einem Boykott der Fußball-EM in der Ukraine, weil das Land damit in die Arme Russlands getrieben werde.
3.5.2012	Präsident Wiktor Janukowytsch unterzeichnet ein Gesetz zur Privatisierung der staatseigenen Kohlebergwerke.
3.5.2012	Die 27 Mitglieder der EU-Kommission schließen sich ihrem Präsidenten Jose Manuel Barroso an und sagen ebenfalls aus Protest gegen die Behandlung der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko ihre Teilnahme an der Fußball-EM ab. Am gleichen Tag bietet der russische Ministerpräsident Wladimir Putin an, Tymoschenko in Russland medizinisch behandeln zu lassen. Er betont abermals, dass es aus Sicht seiner Juristen bei der Unterzeichnung der Gasverträge zwischen Russland und der Ukraine, für die Tymoschenko zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war, keine Rechtsverletzungen gegeben habe.
4.5.2012	Die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko willigt ein, sich in einem ukrainischen Krankenhaus im Beisein eines deutschen Arztes behandeln zu lassen. Bisher hatte sie eine Behandlung in der Ukraine abgelehnt, weil sie den dortigen Ärzten nicht vertraut.
4.5.2012	Die Regionalorganisation des Block Tymoschenko in Dnipropetrowsk gibt bekannt, dass 55 Parteimitglieder aus Solidarität mit der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko in den Hungerstreik getreten seien.
7.5.2012	Jewgenija Tymoschenko, die Tochter der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, reist nach Deutschland und spricht mit Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger über die Situation in der Ukraine und die ihrer Mutter.
8.5.2012	Der Pressesekretär des Außenministeriums Oleksandr Dikusarow erklärt, dass das für den 11. und 12. Mai in Jalta angesetzte Treffen der Präsidenten der ost- und mitteleuropäischen Länder verschoben werde, weil so viele Präsidenten nicht kommen könnten. 14 Präsidenten hatten ihre Teilnahme abgesagt, ca. die Hälfte nannte explizit die aktuelle Situation in der Ukraine und den Umgang mit der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko als Grund.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

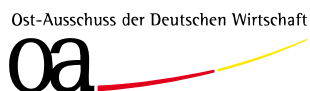
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

SPONSOR



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de